

Online-Konferenz zur Lage freischaffender Musikerinnen und Musiker

Panel III: Soziale Absicherung für Musikerinnen und Musiker in Deutschland

10. Februar 2021, 11:30-13 Uhr, via Zoom-Meeting

Moderation: Andreas Köhn

Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer:

Lena Krause (Sprecherin der bundesweiten Allianz der Freien Künste, Geschäftsführerin von FREO)

Gabriele Schulz (Deutscher Kulturrat)

Nikolaus Neuser (Vorsitzender Deutsche Jazzunion)

Katja Lucker (Musicboard)

Veronika Mirschel (Referat Selbstständige ver.di)

Pascal Meiser, MdB (DIE LINKE)

A. Köhn: Herzlich willkommen, zum dritten Panel der Konferenz „Situation freischaffender Musikerinnen und Musiker“, mit dem heutigen Titel „Soziale Absicherung für Musikerinnen und Musiker in Deutschland“ – veranstaltet vom Landesmusikrat Berlin und der Gewerkschaft ver.di, in Kooperation mit der Vereinigung Alte Musik, der Initiative Musik Berlin, der IG Jazz Berlin, der Berlin Music Commission, dem Deutschen Tonkünstlerverband und der Deutschen Orchestervereinigung. Das erste Panel dieser Konferenz fand bereits am Mittwoch, den siebenundzwanzigsten Januar statt. Das zweite vor genau einer Woche, am dritten Februar. Und wer möchte, kann sich diese Diskussionsrunden auf der Homepage des Landesmusikrats gerne noch einmal ansehen. Hier ein kleiner technischer Hinweis: Fragen, Bemerkungen, bitte in den Chat schreiben. Danke. Mein Name ist Andreas Köhn und ich moderiere diese Veranstaltung heute und starte mit der Begrüßung der PodiumsteilnehmerInnen. Als Erstes Frau Gabriele Schulz, seit 2008 die stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates – also, des Dachverbandes der Dachverbände. Guten Tag, Frau Schulz.

G. Schulz: Schönen guten Tag. Ich freue mich, dabei zu sein.

A. Köhn: Danke. Nun begrüße ich Frau Katja Lucker – Geschäftsführerin ... Geschäftsführerin der Musicboard Berlin GmbH, die auch Erfahrungen sammeln konnte als Selbstständige. Sie war tätig als Schauspielerin und erfolgreiche Kulturmanagerin. Guten Tag, Frau Lucker.

K. Lucker: Hallo, schönen guten Tag.

A. Köhn: Nun möchte ich Frau Lena Krause begrüßen, die ich auch bereits in der zweiten Diskussionsrunde begrüßen konnte und die dort auch sehr konstruktive Beiträge und Anregungen gegeben hat. Auch in unserer heutigen Diskussionsrunde vertritt sie wieder zwei Verbände – einmal als Geschäftsführerin den Verein Freie Ensembles und Orchester in Deutschland – diese Tätigkeit nimmt sie seit 2019 wahr – und bereits seit 2017 ist sie eine der Sprecherinnen der bundesweiten Allianz der Freien Künste. Herzlich willkommen, Frau Krause.

L. Krause: Hallo, in die Runde.

A. Köhn: Nun freue ich mich, Kollegin Veronika Mirschel vom Referat Freiberufler – Selbstständige beim ver.di Bundesvorstand begrüßen zu dürfen. Guten Tag, Kollegin Mirschel.

V. Mirschel: Hallo, guten Tag.

A. Köhn: Nun darf ich begrüßen – Herrn Nikolaus Neuser – einen, über die Grenzen Deutschlands hinaus, bekannten Jazzmusiker. Aber deswegen ist er heute nicht im Podium, sondern, weil er seit 2017 Vorsitzender der Deutschen Jazzunion e.V. ist. Guten Tag, Herr Neuser. Nun kommen wir zu Kollegen Pas- ... *(Anm.: sieht, dass N. Neuser sich noch zu Wort melden*

möchte.)

N. Neuser: Danke.

A. Köhn: Oh, guten Tag.

N. Neuser: Ja, ich hatte das noch stummgeschaltet. Also – hallo, in die Runde und vielen Dank für die Einladung.

A. Köhn: Nun kommen wir zu Kollegen Pascal Meiser – Mitglied und Sprecher für Gewerkschafts- und Dienstleistungspolitik der Fraktion DIE LINKE und Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages. Herzlich willkommen, Kollege Pascal Meiser.

P. Meiser: Hallo, alle zusammen, vielen Dank für die Einladung.

A. Köhn: Nun wollen wir in die ersten Fragen einsteigen, die ja auch bei der Ankündigung dieses Panels veröffentlicht wurden. Beginnen wir gleich mit der Frage: Wenn es um die soziale Situation geht, wie schneidet Deutschland im europäischen Vergleich ab? Und wie sind freie Musikerinnen und Musiker in anderen EU-Staaten sozial abgesichert? Ich glaube, Kollegin Veronika Mirschel als Freien- und Selbstständigenberaterin von ver.di ... wie schätzt ver.di dies ein?

V. Mirschel: Ich sage mal, vorweg, die KSK ist einmalig – so wie wir sie in Deutschland haben. Und wir ... ich kann auch ganz schön stolz sein, in einer Organisation zu arbeiten, auf deren Mist das gewachsen ist – nämlich Dieter Lattmann, der Schriftsteller und Mitglied des Schriftstellerverbandes, war damals der Initiator als Bundestagsabgeordneter und hat diese KSK – sozusagen – aus der Taufe gehoben, gegen ganz schön viele Widerstände. Einmalig ist auch, innerhalb der KSK, dass sich Auftraggeber an den Kosten der sozialen Sicherung beteiligen – also, das ist – sozusagen – eine ganz einmalige Geschichte, auch in Europa. Darum beneiden uns andere Länder. Also, das ist gar keine Frage. Also, auch jetzt, gerade im Rahmen dieser Diskussion und um Hilfen in Coronazeiten, wird auch immer wieder auf die KSK verwiesen – als einmalige Geschichte. Wir haben ja relativ viel Kontakt auch zu anderen Organisationen im europäischen Raum – also, im Musikbereich, unter anderem – über die UNI, auch die FIM, also, die Internationale Musikerföderation ... haben so ein bisschen Überblick darüber, wie es denn in anderen Ländern aufge- ... aufgedrösel ist. Wir müssen so ein bisschen schauen, wenn wir über die europäische Situation als solche reden, dass wir tatsächlich im Süden ganz andere Regelungen haben als im Osten, als im Norden. Aber wenn man mal so grundsätzlich draufguckt, dann haben in den meisten Ländern die Selbstständigen ... und ich sage jetzt gleich auch noch mal was zu der Frage Kultur extra ... die meisten Länder haben die ... die Möglichkeit, dass der Selbstständige in die Sozialschutzsysteme so einsteigen könnte wie abhängig Beschäftigte – allerdings meistens freiwillig ... oftmals freiwillig – und die Beiträge sind, nicht ganz selten, auch pauschal bemessen. Das kennen wir hier in Deutschland, außerhalb der Künstlersozialkasse, auch bei der Krankenversicherung, die auch nur pauschale ... nicht eine pauschale ... aber einen Mindestbeitrag anfordert. Spannend ist – wir haben ja in der KSK keine ... keine Arbeitslosenversicherung in- ... integriert. Das ist allerdings auch tatsächlich – auch in Europa – so gut wie ... so gut wie nicht möglich. Also, in zwölf Ländern geht es gar nicht ... oder, ich glaube – zehn Ländern – geht es gar nicht und in zwölfen kann man, muss man, und in sechsen ist es eine freiwillige An- ... Geschicht- ... äh ... Geschichte. Die Diskussion um die soziale Absicherung ist ja jetzt nicht nur um Corona – sozusagen – am Brennen, sondern wird ja auf europäischer Ebene schon länger diskutiert und – ja – problematisiert – so muss man es mal sagen. Es gab in Zwanzig-Neunzehn die ... die sogenannte Säule Sozialer Sicherung, die wurde verabschiedet von der Europäischen Kommission. Da war die Geschichte, zu sagen: „Egal, ob abhängig beschäftigt, oder selbstständig – alle müssen den gleichen ... das gleiche Recht auf angemessenen Sozialschutz haben.“ Und das ist – sozusagen – eine Empfehlung. Das ist leider eben nicht ... nicht so wahnsinnig verbindlich – so sage ich es mal. Aber zumindest ist das Problem erkannt und die Frage ist gesetzt. Wir haben für die Frage der künstlerischen Berufe tatsächlich nur ganz, ganz wenige Länder, wo wir sagen, da sind wirkliche Sonderregelungen – also, wir haben – zum Beispiel – in Österreich die ... in Österreich sind ja alle Erwerbstätigen in einem

Sys- ... quasi in einem System zusammengefasst - also - sozusagen - unter einem Dach, aber in bestimmten ... verschiedenen Zweigen. Und da gibt es die Sozialversicherung der Selbstständigen - da sind alle ... alle Formen der Selbstständigkeit drin - die unterscheiden ein bisschen unter „neue Selbstständige“, „gewerbliche Selbstständige“ et cetera pp. ... „neue Dienstleister“. Da ist aber für den künstlerischen Bereich ... gilt das - sogenannte - Sozialversicherungsfondsgesetz und da können die Kolleginnen und Kollegen für die Beiträge zur Sozialversicherung eine Unterstützung beantragen. Dort ist man versichert ab einem Ein- ... ab einem Jahreseinkommen von etwa fünftausendachthundert Euro und man kann etwa tausendachthundert Euro Unterstützung aus diesem Fonds beantragen. Wie genau dann die Vergabekriterien sind - muss ich ganz ehrlich sagen - da bin ich nicht ganz ... nicht ganz durchgestiegen. Wo ... wo es auch noch mal eine Sonderregelung gab - allerdings, die es auch nicht mehr so richtig gibt - das ist im Bereich der Darstellenden Kunst in Schweden gewesen. Da hatten die Kul- ... hatten ... hatte der gesamte Kultursektor eine eigene Abteilung für so- ... für die soziale Absicherung. Die ist jetzt ... die gibt es jetzt nicht mehr - sie ist nur - sozusagen - eingebunden in das normale ... in das normale System. Ansonsten sind in den meisten Ländern die Selbstständigen - ich sage jetzt wirklich auch mal „Selbstständigen“ - weil tatsächlich für Kultur dann nur noch mal diese berühmten Intermittents du spectacle in Frankreich noch mal eine Sonderrolle spielen, allerdings dehnt sich das nicht wirklich aus auf den Musiksektor, sondern ja eher auf die Filmproduktion et cetera pp., die noch mal eine ... eine Sonderrolle spielen. Ansonsten gibt es die verschiedensten Pflichtversicherungen, Freiwilligenversicherungen, gar keine Zu- ... Zugänge zu ... zu sozialen Absicherungen. Also, ganz, ganz unterschiedlich. Durch den Beitritt der Ostländer, seinerzeit, ist damals, in der Regel, die bestehenden Sozialsysteme dann auf sämtliche Erwerbstätigen ausge- ... na, wie nennt man das denn ... ausge- ... ausgefahren worden - so sage ich es mal blöd ... aber da ist es eine relativ einheitliche Geschichte, was die Versicherungsstrukturen angeht. Also, das ist - sozusagen - mal, so ein kleiner Überblick, der klarmacht - wir haben mit der KSK tatsächlich ein Sondersystem in Europa, um das wir beneidet werden.

A. Köhn: Frau Schulz, als Vertreterin der ... des Dachverbandes der Dachverbände, sehen Sie da das genauso, in Bezug auf Deutschland? Also, ich kann nur sagen, ich hatte vor zwei Wochen einen Artikel in der Aargauer Zeitung gelesen - ein Kommentar - und da haben die Schweizer ... eine Schweizer wichtige Persönlichkeit in der Kulturszene ... auch erklärt, dass Deutschland und Frankreich die Vorbilder für die Schweiz sein müssen.

G. Schulz: Also, ich kann dem zustimmen, was Frau Mirschel schon ausgeführt hat. Also, es ist tatsächlich so, dass eben Künstlersozialversicherung wirklich ein einmaliges Modell ist und dass vor allem ... praktisch das Besondere ja ist, dass die Auftraggeber einen Anteil leisten ... also, es ist ja praktisch die Finanzierung - sozusagen - fünfzig Prozent Versicherte und die andern fünfzig Prozent werden zu zwanzig Prozent zu einem Bundeszuschuss und zu dreißig Prozent von den Abgabepflichtigen - das heißt, also, denjenigen, die künstlerische oder publizist- ... publizistische Leistung verwerten - entrichtet wird. Und Frau Mirschel hat das angeführt. Am Anfang war das gar nicht so einfach - '83 die KSK eingeführt, '87 Urteil des Bundesverfassungsgerichts über Verfassungsgemäßheit, das ja praktisch dann erklärt wurde - und da gab es schon in den Anfangszeiten große Proteste. Ich muss sagen, ich bin im Moment heilfroh ... also, es gab die auch immer mal wieder ... weil praktisch, wenn der Abgabensatz stark angestiegen ist, gab es durchaus - sozusagen - auch eine Reihe von Unternehmensverbänden, die dann dagegen Sturm gelaufen sind und das praktisch halt ... also, Ab- ... Höhe des Abgabensatzes ist ein Thema. Und dann war es ja auch '99 ... meine ich ... dass da die Spartenspezifik abgeschafft wurde. Bis zu dem Zeitpunkt war es so, dass jede der Berufsgruppen - also, Wort, Bildende Kunst, Musik, Darstellende Kunst - sozusagen - einen eigenen Abgabensatz hatten. Insbesondere im Bereich Musik war der immer sehr gering und der ist dann deutlich gestiegen und dann gab es durchaus Proteste. Und - sagen wir mal so - jetzt, vom Deutschen Kulturrat - bei uns sind ja die Mitglieder - sowohl die Verbände der Künstlerinnen und Künstler als auch die Verbände der Kulturunternehmen, der Kultureinrichtungen und der Kulturvereine. Das heißt, also, auch die Abgabepflichtigen sind dort massiv vertreten. Und wir stehen hundertprozentig hinter der Künstlersozialversicherung. Es gibt bei uns praktisch diverse Stellungnahmen, auch in diversen Krisen, wo wir immer wieder gesagt haben: „Das ist ein Modell, was praktisch halt unter-

... unterstützt werden muss, was praktisch halt wichtig ist.“ Und ich lese gerade im Chat, viele Veranstalter zahlen die Künstlersozialabgabe nicht. Ja, das mag immer noch welche geben, aber ich denke, ein wesentlicher Durchbruch war ja ... jetzt weiß ich die Zahl ... Jahreszahl nicht mehr auswendig ... aber dass die Deutsche Rentenversicherung inzwischen prüft. Also, es ist ja so, dass vorher letztendlich nur die Künstlersozialkasse geprüft wurde, inzwischen prüft die Deutsche Rentenversicherung bei den regulären Prüfungen der Sozialversicherungsbeiträge, ob die Künstlersozialabgabe auch ordnungsgemäß entrichtet wird. Und die Beiträge sind auch deutlich gestiegen ... es wurden auch sehr viele in den ersten Jahren, als das gemacht wurde, neue Abgabepflichtige gefunden, beziehungsweise haben sich auf einmal gemeldet. Das heißt, also, es ist auch eine stärkere Abgabendisziplin vorhanden. Sicherlich gibt es immer noch welche, die irgendwie dann vielleicht meinen, davon noch keine Kenntnis erhalten zu haben, aber ich würde auch sagen, dass auch von Unternehmensseite oder von den Unternehmensverbänden ei ... praktisch halt auch stark informiert wurde, dass die Abgabe zu zahlen ist, einfach, weil man muss ja auch, wenn man es nich' endgültig hat, fünf Jahre rückwärts bezahlen und das ist natürlich ... dann kann das schon ein ganz schöner Batzen sein. Und, insofern, glaube ich, dass sich auch das verbessert hat. Praktisch, was Frau Mirschel hier schon angeführt ... der Zweig Arbeitslosenversicherung ist eben nicht enthalten. Und ich nehme an, dass das ja ein Thema ist, auf das wir noch kommen werden, weil das natürlich - auch mit Blick auf Künstlersozialversicherung - Relevanz hat und wir da auch im Kulturrat intensiv diskutiert haben. Vielleicht das mal so ganz kurz als Einstieg.

A. Köhn: Ja, dann würde ich diese Frage auch noch mal an Frau Krause stellen - als Sprecherin der Freien Kunstszenen - halten Sie die Mu- ... die freien Musikerinnen und Musiker durch die Künstlersozialkasse ausreichend geschützt? Also, auch in Bezug auf die Altersvorsorge?

L. Krause: Das ist eine schwierige Frage, weil da ja die Modelle auch ... oder unsere verschiedenen Systeme ... sehr stark zusammenhängen. Also, jetzt mit ... mit Blick auf die Grundrente - zum Beispiel - auch, hatten wir ja mit der Allianz der Freien Künste uns positioniert. Der Deutsche Kulturrat hatte, glaube ich, auch die gleiche oder eine ähnliche Positionierung, weil es da um die Zugangshürden ging. Die dreißig Prozent des durchschnittlichen Jahreseinkommens, wenn ich es jetzt richtig formuliert habe, die, neben den dreiunddreißig beziehungsweise fünfunddreißig Beitragsjahren, als weitere - sozusagen - als weiteres Kriterium angegeben sind, und mit Blick auf die Statistik in der KSK, der Einkommenssituation der freien ... dort versicherten, freien Kunst- und Kulturschaffenden - also, auch der MusikerInnen - wurde halt eben klar, dass laut dieser Statistik, ungefähr zwanzigtausend Künstlerinnen und Künstler - jetzt nicht nur aus dem Bereich Musik - diese Hürde nicht schaffen. Und, insofern, auch wieder für die Grundrente nicht ... nicht grundrentenberechtigt sind. Und das ist natürlich ein kritischer Punkt, weil die Grundrente ja gerade auch als Modell funktionieren soll, für all diejenigen Berufsgruppen, die eben nicht so gut - sage ich mal - durch die bestehenden Systeme fürs ... fürs Alter abgesichert sind. Das ist aber kein grundsätzliches Problem - sozusagen - der Künstlersozialversicherung, sondern das ist ein Problem des Grundrentenmodells und deshalb haben wir dort auch gefordert, dass man das Grundrentenmodell entsprechend ändert und anpasst, was leider nicht passiert ist. Grundsätzlich zu dieser Frage, ob strukturelle Probleme auch mit ... im Zusammenhang mit der ... mit der Künstlersozialkasse oder eben Künstlersozialversicherung, besser gesagt - bestehen, fällt jetzt - insbesondere in der Pandemie - auf, dass wir aktuell strukturelle Probleme haben. Das hängt auch jetzt nicht an der KSK, die das nur verwaltet, sondern am Gesetzgeber, der noch nicht entsprechend reagiert hat. Wir sind da - gerade in der Allianz der Freien Künste - auch dran, ein ... ein Papier zu erarbeiten, mit Fragen an die KSK, mit Forderungen, auch an die gesetzliche Ebene oder an den Gesetzgeber, weil aktuell ganz ... zwei Punkte eklatant auffallen. Das eine ist das Unterschreiten der - sogenannten - Geringfügigkeitsgrenze von dreitausendneuhundert Euro im Jahr. Das dürfen KSK-Versicherte im Zeitraum von sechs Jahren zweimal machen, ohne dass es dann Auswirkungen auf ihren Versicherungsschutz hat. Letztes Jahr, im Zwanziger ... Zwanzig-Zwanzig Corona-Jahr, gab es eine Ausnahmeregelung - dass sie es zusätzlich unterschreiten dürfen. Diese Ausnahmeregelung gibt es für Zwanzig-Einundzwanzig nicht. Das heißt, wenn es jetzt den Fall gibt, dass eine versicherte Person in den letzten sechs

Jahren zweimal die Grenze unterschritten hat und jetzt in Zwanzig-Einundzwanzig wieder unterschreitet, ist die Gefahr eigentlich da, dass sie den Versicherungsschutz verliert. Das Zweite ist der Punkt „Überschreiten der Zuverdienstgrenze bei selbstständiger, nicht künstlerischer Tätigkeit“. Die liegt aktuell bei vierhundertfünfzig Euro im Monat. Viele Kunst- und Kulturschaffende nehmen zusätzliche Tätigkeiten derzeit auf, die nicht künstlerischer Natur sind, um sich über die Krise zu retten, weil der vereinfachte Zugang zur Grundsicherung nicht funktioniert, weil Hilfsprogramme nicht ankommen, sagen die sich: „Okay, ich suche mir selber etwas und rette mich über die Krise, um dann mich nach und nach ... sozusagen ... meiner Tätigkeit als KünstlerIn ... weitergehen zu können.“ Diese Zuverdienstgrenze ist in der Pandemie-Zeit nicht aufgehoben. Das heißt, wenn jetzt Künstlerinnen und Künstler ... sagen wir es mal platt formuliert ... dem Staat nicht zulasten fallen und sich selbst darum kümmern, sich über die Krise zu retten, kann es am Ende dazu führen, dass sie ihren Versicherungsschutz gegebenenfalls verlieren, weil sie diese Zuverdienstgrenze überschreiten. Und das sind strukturelle Probleme, wo wir als Allianz der Freien Künste eben aktuell an einem Forderungspapier arbeiten, um zu sagen, dass man da für den Zeitraum der Pandemie mit einer gesetzlichen Ausnahmeregelung Sicherheit schaffen muss, um die Künstlerinnen und Künstler - sozusagen - jetzt nicht auch noch in die Situation zu treiben, dass sie ihren Versicherungsschutz verlieren.

A. Köhn: Vielen Dank. Es gab eine Wortmeldung aus dem Podium. Frau Lucker hatte sich zu Wort gemeldet. Bitte schön.

K. Lucker: Aha, okay, haben Sie doch gesehen. Danke schön. Genau, ich wollte nur ganz kurz vorhin sagen, weil Frau Mirschel über *Intermittents du spectacle* gesprochen hat ... hätte ich sonst auch getan. Das ist total wichtig und total großartig. Ich bin ein großer Fan der KSK. Sie haben es vorhin gesagt - ich war selber Künstlerin ... und Mus- ... SchauspielerIn, in dem Fall ... und war selber ... habe von der KSK profitiert und ich bin großer Fan und das ist absolut, total wichtig. Es ist aber nicht zu vergleichen mit dem, was in Frankreich passiert, seit 1936: *Intermittents du spectacle* ist halt noch mal was ganz anderes. Das lässt sich die Kulturation Frankreich ... glaube ... was habe ich da gelesen? ... 2015 ... hundert ... will hier nichts Falsches sagen ... habe es tatsächlich extra noch mal nachgelesen ... hat ungefähr zu einer ... zu einem Defizit von einer Milliarde Euro geführt. Das heißt - und das gilt übrigens für MusikerInnen genauso - ich kenne sehr viele MusikerInnen in Frankreich ... ich war früher absolut ganz viel in Frankreich, bevor ich diesen Job hier gemacht habe ... die davon profitieren. Und das sind gerade MusikerInnen, die um ... ungefähr - sagt man so - um die zehntausend Euro extra bekommen - im Jahr - nämlich wenn sie nachweisen, dass sie fünfhundertsieben Stunden professionell ihre Tätigkeit ausgeübt haben und es aus Gründen nicht können wie - zum Beispiel - weil Pandemie ist ... und so weiter ... bekommen sie ungefähr tausenddreihundert Euro im Monat. Das ist wie eine Grundsicherung und das ist - finde ich - unschlagbar gut. Und dafür muss man jetzt einfach die Frage stellen: Ist es der Kulturation Deutschland das wert, sich da reinzuschmeißen? Ich sage das übrigens mantramäßig seit ganz vielen Jahren und bringe das auch in der Politik ein - ohne Erfolg natürlich - weil es sehr viel Geld kostet. Das ist das einzig Mögliche, weil es nicht anders geht. Es gibt keine Möglichkeit, wenn ich die junge Künstlerin bin und anfangs, Dinge zu machen - ich kann es mir einfach alles nicht leisten. Ich kann nicht in die freiwillige Arbeitslosenversicherung gehen. Ich kann mir KSK gerade so leisten. Lena Krause hat es gerade gesagt. Die Leute fliegen reihenweise aus der KSK raus, gerade aus den von Lena Krause genannten Gründen. Das ist kein gutes System, ehrlich gesagt. Und wenn wir ... ich bin ja noch nicht dran. Mein ... meine Frage kommt ja noch ... aber das ist wirklich mitnichten so, dass wir sagen können, dass das für KünstlerInnen, MusikerInnen, in Deutschland gut funktioniert. Die KSK ist super, aber auch nur bis zu einem gewissen Grad - und wenn man anfängt, kann man es sich kaum leisten ... wenn man Nachwuchs ist - sozusagen - egal in welcher künstlerischen Disziplin man arbeitet. *Inter- ... Intermittents du spectacle* ist etwas, was Deutschland sich angucken sollte. Und da muss man viel Geld in die Hand nehmen. Zugunsten ist ein guter Zeitraum, weil wir haben Wahlen dieses Jahr.

A. Köhn: Frau Scholz hat sich gemeldet zu dem Thema. Bitte schön.

G. Schulz: Ja, vielleicht nur kurz zum Letzten. *Intermittents du spectacle* gilt nicht für Bildende Künstler. Das heißt, also, KSK hat alle Berufsgruppen ... ich meine, das mag jetzt vielleicht hier im Musikkontext nicht so interessieren, aber praktisch

ist es tatsächlich so - KSK hat ja alle Berufsgruppen - auch sehr viele, die - sozusagen - Lektoren ... und ich weiß nicht, was alles noch hinzugehört ... also, es ist tatsächlich ein großer Bereich. Was Frau Krause gesagt hat, dreitausendneunhundert Euro ... es ist im Moment im Gesetzgebungsgang, dass man in diesem Jahr wieder das Mindesteinkommen unterschreiten kann ... ist jetzt an diesem Wochenende ein Omnibusgesetz in der Abstimmung gewesen, was ferner es anging. Der Punkt war einfach, dass sie für diesen Punkt nicht ... also, es ist eine Frage, die der Gesetzgeber lösen muss ... kann nicht die KSK machen. Es muss ... kann auch nicht an den Verordnungsweg - es muss ein Gesetz gemacht werden. So, und das haben sie praktisch an anderen Sachen angeknüpft und wir hatten dieses Wochenende Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Es ist, also, auf dem Weg. Mindesteinkommen: Berufsanfänger müssen das Mindesteinkommen ja auch nicht erreichen. Die haben ja - sozusagen - erst noch mal einen gewissen Welpenschutz. Und vielleicht zur Grundrente: Ja, der Kulturrat hat auch gesagt, dass praktisch halt diese Grenze angehoben werden muss - die dreißig Prozent, die man erreichen muss zum Durchschnittseinkommen ... dass das viele nicht erreichen. Ich sage nur mal ganz kurz, was man sich vergegenwärtigen muss - also, die Künstlersozialkasse richtet sich an professionelle Künstlerinnen und Künstler, Publizistinnen, Publizisten, die aus ihrer künstlerischen Tätigkeit dreitausendneunhundert Euro, im Minimum, erreichen müssen und das müssen einundfünfzig Prozent des Einkommens sein. Also, das ist - sozusagen - das Grundmodell, worauf auch basiert, dass ein Auftraggeber seinen Beitrag dazu leistet - na. Wenn man ... bei der grundsätzlichen Diskussion war es so, dass praktisch ... eigentlich die Künstler waren nicht die Zielgruppe, sondern halt alle Erwerbstätigen. Und man wollte ausschließen, dass diejenigen, die in Minijobs sind, dass die von der Grundrente profitieren. Minijobs ... Leute, die vierhundertfünfzig Euro im Monat verdienen, haben dann ein Jahreseinkommen von fünftausendvierhundert Euro - die sollten von der Grundrente nicht mitgenommen werden. Und letztendlich ist es so, dass die Künstler ein gewisser Kollateralschaden davon sind - nur, ich glaube, um es einzuordnen, ist es wichtig, auch diesen ... diesen Kontext vor Augen zu haben, was seinerzeit - sozusagen - ich bewerte es nicht, sondern ich sage einfach nur - das war die Grundintention, dass man praktisch die Grundrente für Erwerbstätige schaffen wollte, die nicht Minijobber sind. Und es ist tatsächlich so - auch die dreitausendneunhundert Euro ist ja schon ein Betrag, der sehr, sehr lange existiert - man muss sich erinnern, der war mal an den Dreihundertsechzig-Euro-Jobs orientiert - darauf kommt halt dieser Betrag von dreitausendneunhundert Euro. Ich würde auch sagen, im Sinne aller Künstlerinnen und Künstler - „Don't touch it“ - also, auch gar nicht irgendwie thematisieren, dass man eigentlich recht gut damit noch fährt, weil eben - wie gesagt - inzwischen schon die Minijobs höher gestiegen sind und man da einen ... ja ... praktisch auch auf ein anderes Jahreseinkommen käme. Mit dem „massenhaft rausfliegen“ - ich kann es nicht direkt beurteilen. Die Daten, die bei der Anfrage DER LINKEN herauskamen, waren ja nicht ganz so ... also, ich hatte es mir viel schlimmer vorgestellt ... also, DIE LINKE hat ja eine Anfrage im Deutschen Bundestag gemacht, in der sie - unter anderem - auch die Frage stellt, wie viel Ruheverhältnisse und so weiter, es gibt. In Zwanzig-Zwanzig waren die Werte deutlich geringer als in den neun Jahren vorher. Das heißt ... also, praktisch - Ruheverhältnis - wenn es heißt, wenn jemand hartnäckig seinen Beitrag nicht bezahlt und auch auf - praktisch - Mahnungen und ähnliches nicht reagiert, auch nicht um Stundung bittet bei der KSK, und Ratenzahlung nicht machen will, dass man irgendwann ... praktisch, die Versicherung auf ruhend gestellt wird. Das heißt ... also, damit verliert man auch erst den Krankenversicherungsschutz. Das waren im vergangenen Jahr ... davon liegen nur die Werte vor ... für die Monate Januar bis November ... weniger als neun Jahre zuvor - fand ich schon irgendwie auch noch mal einen interessanten Wert. Ich hatte es mir viel, viel größer vorgestellt. Und auch von denen, die insgesamt den Versicherungsschutz verloren haben, waren es weniger als in Vorjahren, was Zwanzig-Zwanzig angeht. Finde ich auch ... also, ich denke, man muss auch noch ein bisschen nachbohren. Wir sind ja auch mit der KSK im Gespräch, was da die Gründe sind - auch vielleicht aus Vorjahren. Also, ich finde nur, dass man irgendwie diese Daten sich auch sehr genau anschauen muss. Das vielleicht irgendwie noch mal zu diesem Thema.

A. Köhn: Ich danke Ihnen, Frau Schulz. Ich sehe zu dieser Frage keine Wortmeldung mehr, aber das Thema Arbeitslosenversicherung wurde jetzt schon mehrfach angesprochen. Vielleicht darf ich kurz noch mal die Eckdaten sagen:

Also, in den ersten beiden Jahren muss ... Eckdaten 2020 ... der, der sich freiwillig arbeitslosversichern will, achtunddreißig Euro vierunddreißig pro Monat einzahlen. Also, erstes und zweites Jahr - und ab dem dritten Jahr dann siebenundsiebzig Euro achtundachtzig. Das sind die Beträge West. Es gibt hier irgendwie noch eine Mauer. Im Osten sind es dann einundsiebzig Euro fünfundsiebzig. Und man erhält dann, wenn man zwölf Monate einzahlt, tausendfünfhundertfünfundachtzig Euro achtzig. Also, in dem Fall, dass man seiner Tätigkeit nicht nachgehen kann. Also, de facto erwerbstätig ist. Trotzdem sind ganze dreizehn Prozent - nach meinen Zahlen - der freiberuflichen Musikerinnen und Musiker, die sich versichern könnten bei der Agentur für Arbeit - freiwillig arbeitslos - tun dies auch nur. Vielleicht, Herr Neuser, können Sie mir sagen, woran das liegen könnte?

N. Neuser: Ich sehe da, dass Frau Mirschel sich noch meldet zu den Zahlen.

V. Mirschel: Weil das Problem ... darf ich ganz kurz, dazwischen?

A. Köhn: Ja, bitte.

V. Mirschel: Du hattest gesagt, die Leistung ist dann tausend trallala. Nein, das ist ja genau nicht der Fall. Ein Problem bei der Arbeitslosenversicherung - bei der freiwilligen - ist ja, Du zahlst zwar nur einen pauschalen Beitrag, aber die Leistung, die hängt dann wiederum von Deiner Qualifikationsstufe ab, die ... in die Du ... sozusagen ... für die zukünftige Arbeit ... und die ist sehr weit gespreizt - also, vom Ungelernten bis zum Hochschulabschluss. Was die Frage der Qualifikationsanforderungen angeht, sind ... ist die Leistung sehr, sehr weit gespreizt. Also, weil Du so sagtest ... vielleicht ist das der Durchschnitt, den Du benannt hast ... mit diesen tausend mhm - mhm - mhm. Aber Faktum ist, dass das eines dieser großen Probleme ist, in ... in diesem ... in dem jetzigen System. Ich will vielleicht noch ein Sys- ... noch ein Problem dazunehm- ... -sagen ... und wenn ich zweimal im Leistungsbezug war, dann fliege ich raus. Also, das ist zwar jetzt, während der Corona, tatsächlich auch so ein Stück weit, auf unsere Initiative hin, ausgesetzt worden, aber die ... das ... das jetzige System ist natürlich wirklich eigentlich nicht attraktiv. Also - wie gesagt - also, die ... ich wollte ... Entschuldigung, Herr Neuser ... also, ich wollte jetzt ... jetzt nicht ...

N. Neuser: Ja ...

A. Köhn: Nein, also, ich kann da vielleicht, Herr Neuser ... dann sage ich vielleicht mal die konkreten Zahlen - komplett. Ja? Ich habe es richtig - ich habe die Zahl genommen mit den tausendfünfhundertfünfundachtzig achtzig für jemand, der einen Hoch- beziehungsweise Fachhochschulabschluss hat. Wer nur einen Meister-, einen Fachschulabschluss hat ... bei Musikern, gehe ich eigentlich immer davon aus, dass sie einen Hochschulabschluss oder Fachhochschulabschluss haben ... aber gut, bei Fachschulabschluss - tausenddreihunderteinundsiebzig neunzig - und nur mit einem Ausbildungsberuf dann tausendeinhunderteinundfünfzig zehn. Also, um die Zahlen jetzt korrekt wiederzugeben. Jetzt, Herr Neuser, jetzt dürfen Sie.

N. Neuser: Also, die Frage war, warum sich nur dreizehn Prozent der KSK-Mitglieder freiwillig arbeitslosenversichern? Richtig?

A. Köhn: (Anm.: bejaht mittels Kopfnicken.)

N. Neuser: Und ein erst- ... also, da gibt es einfach ein paar Zugangshürden. Die erste ist ... die ist eine ganz bürokratische Sache - und zwar kann man nur dann freiwillig arbeitslosenversichert werden, wenn man vorher in einem Angestelltenverhältnis war. Damit fliegen schon viele Leute raus. Das würde - zum Beispiel - mich auch erwischen. Da wäre ich schon gar nicht mehr ... hätte ich gar nicht mehr die Möglichkeit, mich da freiwillig arbeitslosenzuversichern. Und das Nächste ist, schlicht und einfach, die Mehrbelastung, weil wir ... wenn man sich anguckt, was die Studien hergegeben haben ... wir haben die Jazzstudie 2016 ... hatten Durchschnittsein- ... nee, nicht ein Durchschnittseinkommen, sondern Einkommen

... Jahreseinkommen im Median - von Jazzmusikerinnen und -musikern - von zwölftausendfünfhundert Euro ermittelt. Und die Zahlen der KSK für den Bereich Musik liegen bei fünfzehntausend Euro, ungefähr. Und das bedeutet, dass ein Aufwand von einer Arbeitslosenversicherung einfach ein viel zu hoher Mehraufwand für die ... und zu hohe Mehrbelastung ist - und das in Relation gesetzt zur Altersvorsorge - das in Relation gesetzt zur ... zur Altersvorsorge, legt einfach immer nahe, dass man das Geld eher dann in irgendwelche Rentenvorsorgen steckt als in die Arbeitslosenversicherung, zumal man ohnehin nicht über das Level vom ... von der ... der Grundsicherung kommen würde.

A. Köhn: Ja, dann würde mich jetzt - für mich - die Frage anschließen an unsern Sprecher für Gewerkschafts- und Dienstleistungspolitik in der ... im Bundestag: Muss, also, hier der Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung ausgeweitet werden, beziehungsweise die Möglichkeiten verändert werden? Bitte, Pascal Meiser.

P. Meiser: Ja, vielen Dank. Also, das ... vorweg muss man sagen, dass - aus unserer Sicht - das ja auch kein spezifisches Problem jetzt nur der Künstlerinnen und Künstler oder der Musikerinnen und Musiker ist, sondern wir haben insgesamt ein großes Problem, was die Frage der sozialen Absicherung der Selbstständigen angeht. Und ich habe mir jetzt die Zahlen auch noch mal insgesamt für die Selbstständigen - mit Blick auf die freiwillige Arbeitslosenversicherung - angeschaut, und da sind auch insgesamt die Zahlen in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen. Die Zahlen, die ich hier habe, sagen, dass es aktuell zwei Prozent sind - und es waren auch schon mal sieben Prozent. Sieben Prozent ist auch nicht die Welt - und lange nicht die Mehrheit. Die Zahlen sind da - also - in den letzten zehn Jahren, etwa um ein Drittel auch absolut gesunken. Also, wir haben ein strukturelles Problem bei der freiwilligen Arbeitslosenversicherung, das weit über die Künstlerinnen und Künstler hinausgeht. Einige Gründe sind schon von meinem Vorredner genannt worden. Ich persönlich glaube, dass das zentrale Problem das fehlende Äquivalenzprinzip ist - also, wir haben ein Sozialversicherungssystem, das ansonsten bei der Arbeitslosenversicherung auf dem Äquivalenzprinzip aufbaut. Das ist hier durchbrochen, sowohl bei der ... schon bei der Beitragsabführung, Beitragshöhe, als auch umgekehrt, bei der Leistungshöhe. Und wir sind als LINKE fest davon überzeugt, dass man sowohl die Beitragsabführung an der tatsächlichen ... auch einem tatsächlichen Einkommen ... dann auch festmacht - und umgekehrt aber auch tatsächlich die Leistung entsprechend auch daran orientiert, weil man immer natürlich zusätzlich Mindestsicherungssysteme braucht für diejenigen, die davon dann kein existenzsicherndes Einkommen haben. Aber das kann nicht alleine darüber dann abgesichert werden, da müssen wir insgesamt über die Existenzsicherung von allen, die bei uns, in unserm Land leben, sprechen. Also, ich glaube, das ist der Kern des Ganzen, wo wir herankommen und wir sehen es ja ... ich muss ja hier niemanden überzeugen ... aber natürlich, gerade in so einer Krisensituation wie jetzt, wo die Möglichkeit zur Selbstständigkeit eben wegfällt, unverschuldet ... welch dramatische Folgen das hat. Und da hilft eben - momentan eben - kein System. Wir können uns über Notlösungen dort möglichst durchhangeln, wie wir sie auch als LINKE unterstützen. Also, sprich, dann auch Soloselbstständigen, Selbstständigen, einen sogenannten Unternehmerlohn zu zahlen, wenn ihnen die Grundlage ihrer Erwerbstätigkeit wegfällt. Aber besser wäre natürlich ein Rechtsanspruch aus einem ... aus einer Arbeitslosenversicherung, die tatsächlich dann auch Leistungen erbringt - und das nicht qualifikationsgestaffelt. Das ist ein überkommenes, ständisches Modell, in meinen Augen, und da müssen wir weg von.

A. Köhn: Vielen Dank. Ich sehe eine Wortmeldung. Frau Krause hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön.

L. Krause: Ja, ich wollte bei dieser Frage nach Arbeitslosenversicherung - „Warum sind da so wenige Selbstständige drin ... wie könnte man den Zugang für Selbstständige erleichtern ... et cetera pp.“ - noch eine grundsätzliche Frage in den Raum werfen, die gerade auch Moni Fischaleck in den Chat geschrieben hat ... weil es ist einfach eine sehr grundlegende Frage oder ein grundlegender Punkt, den wir auch in der Allianz der Freien Künste diskutieren. Wann ist denn ein selbstständiger Musiker, wann ist eine bildende Künstlerin, wann ist ein selbstständiger Komponist denn bitte arbeitslos? Wir reden hier von einem Arbeitssystem und von Arbeitsrealitäten, die nicht mit den - sage ich mal - Kriterien und den Begrifflichkeiten des Normalarbeitsverhältnisses - einfach eins zu eins - übersetzt werden können. Selbstständige

Musikerinnen und Musiker haben Vorbereitungszeiten, in der Regel unbezahlt. Die befinden sich in Projektakquise, in Projektentwicklungen et cetera pp., nur mal ... wenn wir jetzt mal das ... das Konzert als klassischstes - sage ich mal - Arbeitspräsentationsform eines Musikers nehmen ... nur wenn eine MusikerIn vielleicht mal für drei Wochen, vielleicht auch für zwei Monate, kein Konzert hat, ist diese Person ja nicht arbeitslos. Und ich finde, in dieser ganzen Frage, wie wir eine ... wie eine Arbeitslosenversicherung oder vielleicht auch eine Auftragslosigkeitversicherung ... das muss man diskutieren wie das aussehen kann ... muss zuallererst die Frage diskutiert werden: Wann ist eine selbstständige KünstlerIn - egal in welchem Bereich - denn überhaupt arbeitslos? Und hinzu kommt, dass wir ja auch künstlerische Bereiche und Berufe haben, die genuin ... wo es auch genuin überhaupt gar keine Anstellungsverhältnisse gibt, weil es ja auch dann häufig die Diskussion gibt - „Na ja, wir müssen einfach mehr Künstlerinnen und Künstler in Angestelltenverhältnisse bringen.“ - bin ich sehr kritisch, weil Selbstständigkeit ist selbstgewählt, Selbstständigkeit ist - in der Regel - wirklich der eigene Impuls des Künstlers, auch selbstständig arbeiten zu wollen. Gleichzeitig gibt es aber die Berufsfelder in den Künsten, die genuin selbstständig sind - also, Bildende Künstlerinnen und Künstler sind, meines Wissens ... in den seltensten Fällen gibt es dort Angestelltenverhältnisse, genauso für KomponistInnen. Mir ist noch kein Komponist untergekommen, der irgendwo angestellt war und das finde ich total ... also, ich finde diese ganzen Diskussionen - „Wie öffnen wir ... können wir die Arbeitslosenversicherung öffnen?“ ... et cetera - total wichtig, aber wir müssen uns dabei die Frage stellen: Wann ist ein selbstständiger Künstler, eine selbstständige Künstlerin überhaupt arbeitslos oder müssen wir dort nicht mit andern Begrifflichkeiten und Modellen ran?

A. Köhn: Danke, Frau Krause. Ich habe jetzt zwei Wortmeldungen. Das zeigt, dass wir ein gutes Thema aufgegriffen haben. Frau Schulz, bitte.

G. Schulz: Ja. Das ist auch ein Thema, was wir auch bei uns im Fachausschuss Arbeit und Soziales intensiv diskutiert haben. Frau Mirschel wird sich daran erinnern. Was praktisch halt Arbeitslosigkeit ist ... es ... ich meine, praktisch ... ist es ja nicht immer an einem Auftrag - an einem Auftritt - gemessen. Es gibt Künstler, die treten nie auf. Also, ich meine, das ist natürlich nicht ... nicht der Hintergrund. Es gibt ja auch im Rahmen des Gesetzes Definitionen, beziehungsweise dann bei der Ausführung, wann von einer Arbeitslosigkeit auszugehen ist. Ja, natürlich das ist eine ... das ist praktisch, dass man Selbstständige in ein System hinein versucht zu integrieren, was nicht für Selbstständige gedacht ist, sondern für abhängig Beschäftigte. Ich finde, das ist eine politische Diskussion, ob ich irgendwie sage, ich versuche jetzt dieses System zu verbessern, weil ich irgendwie sehe, dass praktisch halt bei Selbstständigen ... (Anm.: *verstellt ihr Headset-Mikrofon ein wenig.*) Hören Sie mich so besser? (Anm.: *F. Stoff und einige andere KonferenzteilnehmerInnen bejahen mittels Kopfnicken.*) ... weil praktisch halt der Bedarf besteht für Selbstständige. Man muss überlegen, von zwei Komma drei Millionen Soloselbstständigen sind die Künstler nur der kleinere Teil, na. Der größere Teil sind andere Soloselbstständige - insbesondere im Bereich Körperpflege gibt es sehr viele. So, das heißt - also, noch mal meine Idee: „Will ich jetzt für die Künstler im engeren Sinne ein Sondersystem dafür erkämpfen - oder muss ... ist nicht die politische Frage, dass ich versuche, die bestehenden Systeme passfähig zu machen, um die Künstler da einzuflechten? Sondersysteme sind nicht gerade besonders beliebt in der Politik. Also, es ist schon eher so, dass man auch teilweise dafür kämpfen muss, dass das Sondersystem Künstlersozialversicherung erhalten bleibt. Es ist ja nicht ein Selbstläufer, auch wenn ich an Sachen denke wie Bürgerversicherung oder anderes, wo mal alle einbezogen sind, kann man nicht unbedingt davon ausgehen, dass die Sondersystem- ... Arbeit - also, Versicherte und Auftraggeber zahlen - dass das auf Ewigkeit in Stein gemeißelt ist. Ein anderes Sondersystem, was es ja gibt für Selbstständige - die Kasse der Landwirte - ist eine schrumpfende Kasse. Die Kasse der Künstler ist keine schrumpfende Kasse. Das muss man sich genau anschauen. Selbstständigkeit - teilweise selbstgewählt - unterstreiche ich absolut. Es gibt auch Berufe, bei denen es ... keine abhängige Beschäftigung möglich ist. Wenn man sich aber anschaut mal ... die Daten ... also, ich habe es mal ausgewertet: Zuwachs in Tätigkeitsbereichen von 1995 bis 2019 - ist es so, dass bei den künstlerischen Berufen, im engeren Sinne - also, Komponisten, Librettisten, ausübende Künstler - ist eher der geringere Teil an Zuwachs im Bereich der KSK. Oder wenn man andere Berufsgruppen

anguckt - Bildende Künstler oder so weiter - ein stärkerer Aufwuchs an Selbstständigkeit ist in den vermittelnden Berufen. Das heißt, also, denen die im Bereich kulturelle Bildung tätig sind, Lektoren, ein riesiger Aufwuchs im Bereich der Berufsgruppe Wort - das heißt, also, da kann man schon ausmachen, dass zuvor abhängige Beschäftigung in selbstständige umgewandelt wurde. Und das muss man auch im Blick haben. Das heißt, also, KSK ist ein großes Modell - alle verschiedenen Berufsgruppen und das ... das ist sehr wichtig. Abführung in Leistungshöhe, was Herr Meiser noch mal sagte - ja, es ist ja ... tatsächlich ist ja ein Fremdkörper, wenn man sich die Arbeitslosenversicherung für Selbstständige derzeit anschaut. Man muss sich auch überlegen - wann wurde sie denn erdacht? Sie wurde erdacht im Rahmen der Hartz-Reformen - als es darum ging, die sogenannte „Ich-AG“ zu fördern. Das heißt, Menschen, die arbeitslos waren, denen in die Selbstständigkeit zu ... ermöglichen ... das auch zu forcieren - und für die wurde - sozusagen - ich sage es jetzt mal so ein bisschen salopp - als „Zückerchen“ angeboten: „Ihr könnt ja in die Arbeitslosenversicherung.“ Das ist ja die Genese dieser Versicherung und daher ist es auch so, dass die Voraussetzung entweder ist, vorher abhängig beschäftigt zu sein oder aber eine Entgeltsersatzleistung zu bekommen - das heißt, also, zuvor ... zuvor praktisch halt erwerbslos gewesen zu sein. Das sind irgendwie so die Punkte, von denen wir agieren. Abführung an die ... an Bemessung der ... der Einkommen, muss man sich natürlich dann überlegen, dass gerade diejenigen aus dem künstlerischen Bereich, ein unheimlich geringes Einkommen haben. Das heißt, also, wenn man das dann - sozusagen - ins Verhältnis setzt, dass man dafür halt einen bestimmten Beitrag abführt, wird man natürlich auch als Arbeitslosengeld einen kleinen Beitrag bekommen. Also, das ... das muss man sich einfach irgendwie so auch vergegenwärtigen - was ist ... was ist irgendwie - sozusagen - besser - Pest oder Cholera? - weil, das ... das Kernproblem sind ja letztendlich die geringen Einkommen. Das ist doch irgendwie das Entscheidende. Das geringe Einkommen verhindert, dass man praktisch keine Ersparnisse aufbauen kann, wenn mal Auftragslosigkeit oder irgendwie solche Sachen sind. Das geringe Einkommen führt dazu, dass geringe Renten sind. Das ist doch irgendwie - sozusagen - der entscheidende Faktor. Und wenn man irgendwie ... an den ... an den muss man, glaube ich, ran - und alles, was wir drumherum machen ... das sind ja irgendwie nur solche ... diese Hilfsmaßnahmen, um irgendwie dieses geringe Einkommen abzufedern oder etwas ... etwas ... ja ... in diese Richtung zu machen.

A. Köhn: Frau Lucker hatte sich noch zu diesem Punkt gemeldet. Bitte schön.

K. Lucker: Genau. Da ist sehr viel oben drauf gekommen. Ich versuche es trotzdem, noch mal zusammenzufassen. Wir müssen über Begrifflichkeiten reden. Mir ist jetzt auch in der ganzen Debatte die Kunst ein bisschen abhanden gekommen, ehrlich gesagt ... weil wir dürfen nicht vergessen, wir reden hier von KünstlerInnen - also, Menschen, die etwas schaffen - ja - und wir können ... weil Sie das so gesagt haben - „alle MusikerInnen hätten einen Abschluss“ - Sie gehen davon aus ... Hochschulabschluss ... das ist überhaupt nicht der Fall. Jetzt weiß ich nicht, was Sie für Musik hören - ich sage mal, von Jimi Hendrix, Puhdys, Stones, bis ... ich weiß es nicht ... meinen Sie einer dieser Menschen hat einen Abschluss? Oder sagen wir mal aktuelle ... Adele ... ich rede jetzt eher im Mainstream-Bereich - niemand von denen hat so etwas wie einen Abschluss. Das sind keine Maßstäbe, mit denen gemessen werden kann. Ich spreche hier ja für den popkulturellen Bereich und ich sage Ihnen - ich habe das Musicboard ja selber gegründet - auch mit der Musikszene zusammen - 2012 habe ich angefangen, das zu tun - für den Senat damals - und ich habe von Anfang an gesagt, dass mein Augenmerk auf den MusikerInnen liegt. Und Sie können sich nicht vorstellen, was da draußen los war. In erster Linie wollte die - sogenannte - Musikindustrie und Verwerter ... die, die - also - davon profitieren. Nicht, dass ich mich so stark für die Bedürfnisse und die soziale Absicherung von MusikerInnen einsetze, weil sie gesagt haben: „Warum? Das ist der Markt.“ So - und deswegen - noch mal ganz kurz - weil es wurde auch in den andern Podien besprochen - es gibt Verbände für alles. Es gibt keinen einzigen Verband, keine Interessensvertretung der - ich sage mal - Musikerinnen und Musiker im popkulturellen Bereich. Das ist einfach eine Wahrheit. Ich habe mich auch noch mal mit sehr vielen Menschen im Vorfeld unterhalten - das ist so und das ist total schade, weil - ich bin nicht die Lobby, ich bin ja keine Musikerin - hier müsste natürlich jetzt jemand sitzen - jetzt aus dem popkulturellen Bereich - und das verkörpern. Und jetzt - ich rede nicht vom Jazz, Klassik und Neuer Musik - ich rede von dem popkulturellen Bereich. Wir vergeben Stipendien bis zu zehntausend Euro, die genau diese Lücken

schließen und Menschen da unterstützen. Und das ist tatsächlich, ehrlich gesagt, überhaupt nicht gewollt gewesen. Ich habe mir Sachen anhören müssen – warum, wie ich auf die Idee käme. Und das waren Verbände – ohne Witz – weil es nicht gewollt ist, weil es tatsächlich ... ich will auch nur ganz kurz das Thema Solidarität ansprechen ... wenn man – ich rede jetzt mal von Musikerinnen und Musikern in erster Linie – wenn man beginnt, ist es sehr schwer. Man verdient wenig Geld – wir sind übrigens für Mindesthonorare. Alles, was wir fördern, müssen Mindesthonorare für Musikerinnen und Musiker gezahlt werden. Das mal das eine. Und dann fangen die an. Wenn Menschen erfolgreich werden, auch in der Musik, könnte es ja auch ein Solidarprinzip sein, dass man dann einfach mehr zahlt. Ich zahle ja auch sehr viele Sozialabgaben, weil ich relativ ... relativ viel verdiene. Das heißt, ich bin ja solidarisch mit anderen, die nicht so ... das so gut können. Warum können wir nicht solidarisch sagen – in der Musik, überall – in der Bildenden Kunst – es gibt Menschen, die sind Milliardäre und in der Musik – auch in Deutschland – gibt es wirklich Menschen, die sehr viel Geld verdienen. Warum nicht da auf solidarisch sein, Beiträge verteilen, aber bitte wegkommen von den Begrifflichkeiten „Ein Künstler, MusikerIn ... was auch immer, braucht einen gewissen Abschluss und so weiter.“ Das ist wirklich total vorbei. Und wir fördern nicht in der seichten Popindustrie, sondern wir fördern Menschen, die elektronische Musik machen, die höchste Qualität hier abliefern. Und ich finde, da ... da muss noch mal so bisschen geschaut werden und auch vermittelt werden, na. In erster Linie würde ich aber sagen – Musikerinnen und Musiker sind ganz doll selber dafür verantwortlich, das jetzt auch mal in die Hand zu nehmen und zu lobbyieren, damit sich was verändert, tatsächlich.

A. Köhn: Vielen Dank. Es gab jetzt eine weitere Wortmeldung. Aber, um Ihre Frage zu beantworten – meine älteste Tochter macht auch elektronische Musik und hat einen Hochschulabschluss. Kollegin Mirschel ... Kollegin Mirschel hatte sich gemeldet. Entschuldigung.

V. Mirschel: Ich will ganz kurz noch mal auf den Einstieg von Frau Lucker ... diese Frage ... Lobbyarbeit für diese ... Sie haben es jetzt speziell gesagt ... Popkultur. Ich tue mir ja ein bisschen schwer – wenn wir irgendwas im politischen Raum bewegen wollen – je mehr Menschen – sozusagen – davon erfasst sind ... also, jetzt reden wir tatsächlich hier im Bereich Musik und – nach meinem Dafürhalten – macht es mehr, viel mehr Sinn – sozusagen – den Kulturbereich im Blick zu haben – wenn nicht gar – sozusagen – alle Soloselbstständigen. Ich sage es jetzt mal – im Bildungsbereich sind ja ähnliche Probleme – aber lassen wir das mal dahingestellt sein – je mehr wir – sozusagen – umfassen, desto wirksamer können wir auf die Politik zugehen und sagen – das betrifft jetzt nicht eine Gruppe von ... mhm ... Popmusikern oder eine Gruppe von ... mhm ... Musikern, sondern es betrifft – sozusagen – den Kulturbereich. Und ich glaube, diese Frage müssen wir ... glaube ich, im ... tatsächlich bei der Frage – Wann können wir in der Politik was bewegen? – ganz klar im Kopf behalten. Sie haben dann ja den Punkt Solidarität noch mal aufgesetzt – exakt das würde ich jetzt – sozusagen – in diese Frage mit ... mit reinnehmen ... diesen Begriff – genau diese Frage – sozusagen – im Kulturbereich – sozusagen – die Organisationen alle solidarisch miteinander – und dann auf die Politik zugehen, um ... um Lösungswege herauszufinden. War ja übrigens auch schon in den letzten Veranstaltungen ... ich habe sie ja mitverfolgt ... also, diese Frage „spartenübergreifend“ ... das kam von Ihnen, Frau Krause, na ... also, dieses Fragen „spartenübergreifend denken“ ... ich glaube, je mehr Gewicht wir in die Politik kommunizieren können, desto besser. Aber noch einen zweiten Punkt – Frau Lucker – was die Frage Solidarität und die ... schauen wir mal in die Schweiz – dort ist es so, dass Deinen Menschen ... und zwar, das hat jetzt nicht mit Kultur zu tun, sondern generell ... da werden sämtliche Einkommen verbeitragt – sämtliche – also, auch aus Finanzgeschäften et cetera pp., aber die Leistungen sind gedeckelt. Also, ich finde, das ist ein ... ist eine Form von Umverteilung, die wir nicht aus dem Kopf verlieren sollten, weil Du ... da nehmen, wo es sitzt und es – sozusagen – es hat andere Lücken das Schweizer System ... aber das ist – zum Beispiel – so ein Grundgedanke. Da wird ... da ... also, ich persönlich ... ich spreche jetzt tatsächlich nicht für die Organisationen ... ich persönlich finde den Blick dorthin immer wieder sehr erfrischend, weil es da eben auch nicht nur um Erwerbseinkommen geht, sondern vieles sich tatsächlich ja auch aus anderen Quellen speist. Ich sage nur Wohnungsproblematik oder so.

A. Köhn: Dann gibt es jetzt weitere Wortmeldungen. Kollege Meiser, bitte schön. (*Anm.: Es entsteht eine kurze Pause, ohne dass P. Meiser zu sprechen beginnt.*) Bitte Mikro anmachen.

P. Meiser: Ja, ja. Ich bin nur nicht ganz so schnell. (*Anm.: scherzhaft.*) Es liegt am fortgeschrittenen Alter, vermutlich. Ich wollte einige Aspekte noch mal aufgreifen, weil ich diese sehr wichtig fand – und die ich auch gar nicht so als Widerspruch jetzt wahrgenommen habe, wie sie vielleicht im ersten Moment erschienen. Also, ich finde – in der Tat – auch meine Erfahrung ist die Orien- ... noch mal die Orientierung an ... an Abschlüssen ist für die sozialen Absicherungssysteme nicht zeitgemäß und da müssen wir wegkommen von. Ich fand das, was Frau Lucker dazu noch mal gesagt hat, zur Realität auch in den ... in der ... in der Musikbranche da noch mal sehr ... hat mich noch mal sehr bestätigt. Das Zweite ist das, was Frau Schulz gesagt ... klar, wir haben, wenn wir zum Äquivalenzprinzip stärker gehen ... das hat Vor- und Nachteile, aber ich glaube, unterm Strich, ist es der richtige Weg, wenn wir jetzt zugleich – zum einen dafür kämpfen – da bekommen wir vielleicht mal ... noch mal einen besonderen Schritt dafür, dass die Honorare auch tatsächlich steigen. Das wäre aber eine ... eine andere Diskussion, ein bisschen, aber die absolut wichtig ist, weil das gilt ja auch für die abhängig Beschäftigten. Die Leistungen sind immer nur so gut wie das, was Sie vorher eingezahlt haben. Und wenn wir – zum ändern – auch tatsächlich – will ich noch mal betonen – jenseits des Äquivalenzprinzips – über existenzsichernde Grundleistungen sprechen, die eben nicht an das Hartz-IV-Regime gekoppelt sind. Da ist ja der ... die Rentendebatte auch ein Beispiel jetzt. Wir haben eigentlich jetzt über die Arbeitslosenversicherung gesprochen, aber auch bei der Arbeitslosenversicherung müssen wir natürlich auch über die Mindestleistungshöhe an dieser Stelle reden. Wir haben gerade beim Kurzarbeitergeld für die abhängig Beschäftigten eine große Debatte, dass das Kurzarbeitergeld für Menschen mit einem geringen Arbeitseinkommen hinten und vorne nicht reicht. Deswegen fordern ja ver.di, die NGG, wir als LINKE, andere, da auch ein Mindestkurzarbeitergeld. Also, wir müssen auch in diesen Bereichen für ... für Untergrenzen kämpfen. Das ist kein kompletter Bruch mit dem Äquivalenzprinzip, aber es ist – sage ich mal – eine Verstärkung, irgendwie, der sozialen Absicherung. Und zu der dritten Frage, die jetzt eben aufkam – die Frage, wie man für spezielle Absicherungssysteme, für spezielle Berufsgruppen, kämpft oder für universelle Lösungen. Ich würde auch immer sagen, es ist einfacher, für universelle Lösungen zu kämpfen, aber wir haben natürlich eine differenzierte Ausgangslage. Und – ich sage mal – die ... die ... die Künstlersozialkasse ist ja schon – sozusagen – der Mittelweg – also, im Vergleich zu anderen Selbstständigen, die diesen Weg nicht haben. Deswegen halte ich auch die Künstlersozialkasse für eine absolut bewahrenswerte, verteidigungswerte Einrichtung, die ja quasi die Brücke baut. Und sie hat die Leerstelle, was die Arbeitslosenversicherung angeht – aber da wäre ja drüber nachzudenken, ob man sie nicht dahingehend erweitert ... weil das Besondere an der Künstlersozialkasse ist ja – vor allen Dingen – auch die Frage, wie die Beiträge für Selbstständige zustande kommen ... eben, dass die Selbstständigen selbst nur die Hälfte – sage ich mal – zahlen und der Rest anderweitig – sozusagen – zusammengekratzt wird. Das ist ein Modell, das wir – aus unserer Sicht – auch generell für Selbstständige – wir uns anschauen müssen – sprich, also, auch ein anderer Selbstständiger, im Zweifel eben nicht, wenn er ein kleines Einkommen hat, die kompletten Beiträge – also, Arbeitnehmer-, Arbeitgeberbeiträge bei abhängig Beschäftigten – dann komplett zahlen muss, sondern eben nur den Arbeitnehmeranteil – und der andere Teil eben auch über andere Modelle dann refinanziert werden muss, ohne dass das alles komplett über die Steuern, am Schluss, fließt. Also, ich glaube ... letzter Satz dazu ... wir brauchen universelle Lösungen, aber die die spezifischen Zugangsvoraussetzungen, -bedingungen berücksichtigen und die Künstlersozialkasse eher ausweiten als ein gutes Beispiel, die die Möglichkeit für einen universellen Zugang erleichtert. Bevor wir – sage ich mal – über so grundlegende Fragen – natürlich auch wie eine solidarische BürgerInnenversicherung im Gesundheitsbereich – generell reden, weil da sind wir leider noch ein Stückchen weit von weg ... würde ich auch gerne hinkommen.

A. Köhn: Danke schön. Frau Schulz hatte sich noch gemeldet. Bitte schön.

G. Schulz: Ja, ich kann mich wunderbar an meine Vorredner anschließen, auch an das, was Frau Mirschel noch mal sagte.

Ich kann es absolut verstehen, dass aus jeder Berufsgruppe irgendwie gesagt wird: „Das sind meine spezifischen Probleme. Und ... und das ist bei mir so besonders.“ Das ist auch so, aber alleine, wenn man mit dem ... mit dem Arbeitsministerium spricht, da sind schon die hundertdreißigtausend KSK-Versicherten eigentlich unterhalb der Wahrnehmungsschwelle. Das muss man einfach mal sehen – die reden über ganz andere Größenordnungen von Versicherten, von abhängig Beschäftigten. Das heißt, also, wenn ich mit noch kleineren Gruppen ankomme, ist es eigentlich – sozusagen – selbst, wenn man auch Abgeordnete findet, die sich dafür erwärmen und die das wichtig finden – das ... das gibt es ja durchaus – aber es ist so kleinteilig, dass es für die Sozialversicherung oder auch für das Arbeitsministerium eigentlich nicht zu handhaben ist. Ich finde, wir haben das sehr gut gesehen an diesem ganzen Thema Rahmenfrist für Arbeitslosengeld I – insbesondere im Schauspielbereich – das ist so speziell, dass eigentlich die Systeme da kaum agieren können und dass sich auch kaum jemand stark macht, irgendwie ... sagen wir mal – ich sage jetzt mal eine Zahl von irgendwie tausend Leuten – irgendwie etwas auf den Weg zu bringen. Das ... das muss man einfach realistisch sehen – selbst die Hundertdreißigtausend sind eine kleine Anzahl, wenn man – sozusagen – die Millionen an Versicherten im ... im Kassen-Bereich sieht. Ich glaube, dass – sozusagen – das Thema Selbstständigkeit im Allgemeinen – sozusagen – was da für Sozialsicherungssysteme eigentlich greifen müssten, das Thema ist, was auf der Straße liegt. Und ich meine, wenn schon die letzten drei Wahlperioden ... unterschiedlich geführte Häuser vom BMAS arbeiten sich an dem Thema ab, Einbeziehung von Selbstständigen in die Rentenversicherung. Also, das war schon als ... als ... und in dieser Wahlperiode steht es wieder im Koalitionsvertrag. Ich glaube nicht, dass es noch kommen wird. Wir haben viel zu wenig Zeit dafür, aber das sind doch eigentlich die Fragestellungen, die bestehen, weil man auch sehen muss, dass Selbstständigkeit in ganz vielen Berufen sich in den letzten Jahrzehnten unglaublich verändert hat. Also, es ist eben nicht mehr so, dass man sagen kann – „Der Selbstständige, der hat ein so hohes Einkommen, der hat dann irgendwie seinen Grundbesitz oder sonstiges, womit er auch seine Rente hat.“ – sondern es gibt unglaublich viele Selbstständige – nicht nur Soloselbstständige – auch welche, die Angestellte haben, die ein kleines Einkommen haben – und für die praktisch die Sozialversicherungssysteme passend gemacht werden müssten. Und da müssen wir, finde ich, vom Kulturbereich aus, noch mal unsere speziellen Anliegen hineinbringen. Also, ein bisschen anschließend an das, was meine Vorredner gesagt haben.

A. Köhn: Danke schön. Herr Neuser hatte sich noch zu Wort gemeldet und dann würde ich auch gerne zur nächsten Frage übergehen. Herr Neuser.

N. Neuser: Ja, natürlich ist es so, dass ... dass wir immer Synergien herstellen müssen und versuchen müssen, alle Probleme, die wir im gesamten Kultur- und Kunstraum sehen, zusammenzutragen – und das ist ja auch eine ... das ist ja auch, was in den letzten Jahren vermehrt passiert – wo die Kulturverbände viel mehr miteinander reden. Es gibt den Zusammenschluss der Allianz der Freien Künste – vor eben dem Hintergrund dieser Überlegung, dass wir eben wirklich – wie Frau Schulz schon gesagt hat – eine sehr kleine Anzahl an Menschen, insgesamt, repräsentieren, aber natürlich ist es wichtig, dass man auch immer wirklich die Arbeitsmöglichkeiten der einzelnen Teilbereiche vernünftig zusammenträgt. Und wir haben – im Grunde – immer noch eine ... einen Arbeitsbegriff und einen Unternehmensbegriff, der sehr an ... an traditionellen Formen des Arbeitens und an ... an einer Vorstellung von einem Nine-to-five-Job oder an einem ... als Arbeitsbegriff ... oder einem Unternehmensbegriff, der primär Unternehmensgründungen ins Auge fasst, um Gewinne zu erzielen, was bei uns ja nicht der Fall ist. Und da geht es drum, dass man jetzt wirklich die Arbeitsmöglichkeiten in einzelnen Teilbereichen auch vernünftig ausleuchtet und diese Begriffe auf der Grundlage davon diskutiert. Und das ist natürlich Kleinarbeit. Und das sind natürlich dann Teilperspektiven, aber das muss man zusammentragen – schlicht und einfach, um dann, am Ende, ein vernünftiges Bild zu haben und dann müssen die großen Diskussionen über zentrale Begriffe auch geführt werden – wie Arbeit, wie Unternehmertum, wie Wertschöpfung und so weiter.

A. Köhn: Vielen Dank, Herr Neuser, und da kommen wir eigentlich auch gleich zu dieser nächsten Frage, die ich schon angesprochen habe, weil das Thema mal wieder aufkam. Gesetzliche Mindesthonorare – na, das ist ja auch ein

Grundeinkommen, gesetzliche Mindesthonorare – das ist ja auch mehrfach jetzt schon angesprochen worden – und ... also, so analog zum Mindestlohn, ist das eigentlich eine anzustrebende Möglichkeit, weil, wenn ich darüber nachdenke, gab es ... hat es ja elf Jahre gedauert, bis der gesetzliche Mindestlohn ... also, zum Gesetz erhoben wurde – und es wurde ja auch eben gerade der Arbeitsbegriff von Herrn Neuser angesprochen. Kartellrechtlich – wäre das überhaupt möglich? Dann würde ich als Erstes mal diese Frage – Macht es Sinn einen gesetzlichen Mindest- ... gesetzliche Mindesthonorare anzustreben? – an die Kollegin Mirschel geben. Bitte schön.

V. Mirschel: Ja, vielen Dank. Es gab da tatsächlich Vorstöße aus der Partei von Pascal – so was wie einen gesetzlichen ... ein gesetzliches Mindesthonorar initiieren zu wollen. Seien wir realistisch – das ist Quatsch. Was ist denn ein gesetzliches Mindesthonorar, wenn wir – sozusagen – mal quer durchschauen, was Selbstständigkeit alles ... was in Selbstständigkeit alles erarbeitet wird ... was an Arbeitsmitteln – sozusagen – im Rücken sein muss ... wie viel ... also, wie lässt es sich durch ... da kommen wir noch mal auf Herrn Neuser ... wie lässt ... wie lassen sich Werke gesetzlich mindesthonorieren? Also, oder eben ... ich habe einen Auftritt in der Woche – finde ich dann für diesen einen Auftritt, für die anderthalb Stunden, das gesetzliche Mindesthonorar, was – sagen wir mal – rechnen wir mal hoch – würden wir jetzt die ... jetzt, im Moment, neun Euro fünfzig nehmen und da – sozusagen – noch ein bisschen Sozialversicherungskosten noch mit draufpacken, dann sprechen wir vielleicht von zwölf Euro. Da müsste ich aber vierzig Stunden die Woche bezahlt sein. Das ist nicht so – also, bezahlt tätig sein. Das – insofern – also, die ... diese Frage, ein ... ein gesetzliches Mindesthonorar ist Quatsch – aus unserer Sicht. Also, wir sagen klipp und klar: Es muss tatsächlich so was geben wie branchenspezifische Mindesthonorare. Da, wo es – zum Beispiel – auch vergleichbare Tätigkeiten gibt und in der ... gerade im Kulturbereich – müssen wir – allen Ernstes – darüber reden, zu sagen: Was ist ja auch ... was ist der ... was ist der Gesellschaft Kultur wert und was bezahlt sie dann für kulturelle Leistungen? Und die lassen sich ... wie gesagt, ein gesetzliches Mindesthonorar oder Mindesthonorare, so wie sie sich jetzt definieren, definieren sich nach Stundensätzen. Aber ein Künstler oder eine Künstlerin arbeitet vierundzwanzig Stunden ... na ja, ich übertreibe es mal ... Quatsch. Aber diese ... diese Fragen – Wo wäre ein Maßstab? – da müssen wir im Kulturbereich über ganz andere ... über ganz andere Dinge reden als wir es in ... in ... für Tätigkeiten machen, wo man tatsächlich auch Stunden ansetzen kann. Ich ... jetzt nehmen wir den Musikbereich – da wäre es tatsächlich sogar noch machbar, wenn wir sprechen von Musikschullehrkräften, dass man die ... die Stundendeputate – sozusagen – so ... so verteilt und Vor- und Nachbereitung so berechnet, dass man das Arbeitgeberbrutto eines fest angestellten Musiklehrers hernimmt, um es dann – sozusagen – zu übersetzen auf die Unterrichtseinheiten plus Vor- und Nachbereitung. Da wäre es machbar – aber, wie ist es mit jemandem, der eine Woche lang probiert – oder mindestens eine Woche lang probiert – und dann einen Auftritt hat? Deswegen – da ... da funktioniert das nicht mit einem ... mit einem gesetzlichen Mindesthonorar. Deswegen müssen wir, glaube ich, über diese Frage durchaus diskutieren ... in welchen Bereichen ist es vergleichbar ... einem fest angestellten ... einer fest angestellten Tätigkeit ... und das Arbeitgeberbrutto – sozusagen – dagegen zu setzen und einen Stundensatz zu finden – branchenspezifisch. Und wie ist es tatsächlich bei Werkschaffung? Da muss ... müssen wir tatsächlich über ganz neue Wege nachdenken. Danke.

A. Köhn: So. Wir haben jetzt vier Wortmeldungen dazu. Ich würde bitten, sich ein bisschen kürzer zu fassen als bei den letzten Redebeiträgen. Herr Neuser ist der Erste. Bitte schön.

N. Neuser: Ja, bei den Mindesthonoraren muss man sich natürlich wirklich genau anschauen, welche Teilbereiche das betrifft. Da würde ich mich anschließen, dass das natürlich – zum Beispiel – im Bereich von Unterrichtsstunden – da ist das vielleicht noch machbar, aber ansonsten, in der Wirklichkeit, spiegelt es die Arbeitswirklichkeit – zum Beispiel – im Konzertbereich, überhaupt nicht wider. Wir haben da oft Strukturen, wo, wenn man wo ... wenn ich mir vorstelle, ich würde jetzt zu einem Veranstalter gehen und würde sagen – „Ja, aber meine Mindesthonorarforderung ist XY.“ – dann ist der Veranstalter oft gar nicht in der Lage, das überhaupt zu leisten. Viele Clubs – also, zum Beispiel – in ... in Berlin, da geht es ... geht es ... ist das ein Agreement untereinander. Und das ist ... das geschieht im Markt. Da ist einfach zu wenig Geld im

System. Jetzt ka- ... gibt es natürlich von den Verbänden schon die Vorstellungen von Mindesthonoraren, an denen man sich orientieren kann. Wenn man jetzt guckt auf Förderstrukturen - da sollte man natürlich reflektieren, wie diese Arbeit gesellschaftlich bewertet werden soll und wenn da jemand sagt - „Ich möchte zwei Monate komponieren.“ - und setzt dann ein Honorar für sich von sechshundert Euro an, dann kann das nicht funktionieren. Also, muss man da ein ... da irgendwelche Mindesthonorare als Anlehnung anbieten, aber es gibt ja nicht so was wie eine Kammerpflicht von ... von ... von Musikerinnen und Musikern oder Künstlerinnen und Künstlern - und deshalb ist es in der Realität so eine Maßnahme, die einfach auf einen sehr, sehr antiquierten Arbeitsbegriff in dem Bereich rekurriert.

A. Köhn: (Anm.: An dieser Stelle tritt eine kurze Tonstörung auf.) Frau ... (Anm.: Der Ton setzt nochmals kurz aus.)

G. Schulz: Also, wir haben uns auch mit diesem Thema Mindesthonorare beschäftigt. Ich kann dem nur beipflichten, was auch schon Frau Mirschel ausgeführt hat - dass es natürlich sehr branchenspezifisch geregelt werden muss, weil natürlich ist es - sozusagen - ein Mindesthonorar für einen Musiker was anderes als vielleicht für einen Bildenden Künstler oder für einen Designer oder für andere. Also, dass das wirklich sehr wichtig ist ... praktisch, halt ... um was für eine Leistung geht es überhaupt ... dann halt ... ich glaube, dass sehr gefordert sind ... die öffentliche Hand, wenn sie Förderung ausreicht. Also, das ist auch - sozusagen - wir haben mal eine Stellungnahme dazu gemacht - das heißt, also, die hat da ja ein Mittel in der Hand, zu sagen, wenn ich - beispielsweise - einen Förderantrag ... muss jetzt gar nicht um eine Aufführung oder so etwas gehen, sondern ... ich weiß nicht ... praktisch eine Förderung vergebe, wo auch eine freiberufliche Leistung enthalten ist, dass da auch die Honorarempfehlungen, die ja von Branchenverbänden unterschiedlicher Art auch ausgesprochen werden, dass das - sozusagen - mal als Minimum angesetzt wird - auch bei Prüfung von Anträgen, die bei der öffentlichen Hand eingehen, dass man praktisch halt auch da schaut: Ist das überhaupt realistisch? Das ist auch schmerzlich, das muss man mal auch ganz ehrlich sagen. Also, ich habe auch aus Fonds gehört ... Bundesfonds ... dass teilweise auch Anträge zurückgewiesen werden, weil praktisch die Leute viel zu geringe Honorare eingesetzt haben für die Projekte, die sie durchführen wollen - und dann gesagt wird: „Das ist eigentlich nicht förderfähig, weil praktisch das ein so hoher Grad an Selbstausbeutung ist - das kann man nicht machen.“ Das ist für mich auch eine Diskussion, die - ja - sagen wir mal - eine ... eine schmerzhaft sein kann, aber, die - ich finde, dass sie ganz wichtig ist. Also, ich kann berichten, wir hatten ja letzte Woche ein Gespräch innerhalb der Kultur-MK und da wurde berichtet, in Bremen arbeiten die im Moment daran, dass sie - sozusagen - ihre Förderungen auf branchenspezifischen Mindesthonoraren basieren wollen. Das ist eine Zukunftssache, aber die arbeiten mit den jeweiligen Verbänden dort zusammen, die auch eine ... selbst als Verbände, eine Förderung bekommen, um halt auch so branchenspezifische Mindesthonorare zu erarbeiten und das wird dann halt auch in Förderrichtlinien vom Land einfließen, wird aber auch so sein - da sie selber nicht mehr Geld im System haben oder auch nicht vermuten, dass sie mehr Geld im System bekommen werden - dass sie eher - teilweise - weniger Förderungen aussprechen, aber die Einzelförderung höher wird. Das ist ja - sozusagen - irgendwie das, worum man auch immer kreist. Man kann einerseits, finde ich ... ist natürlich ein Ansatz, mehr Geld insgesamt in das System hinein ... mehr Geld insgesamt für den Kulturbereich hinein ... Herr Neuser sprach auch noch über einen Punkt, wo ja gar nicht die öffentliche Förderung so eine Rolle spielt, sondern wo es ja auch um landwirtschaftliche geht, na. Das ist irgendwie so der eine Weg, mehr Geld insgesamt fließt ins System, aber ich glaube, der andere, bittere Weg, den man zumindest vor Augen haben muss, auch - die Einzelsumme ist höher, aber vielleicht kriegen ... ich sage jetzt mal als Beispiel - vorher haben fünfzehn eine Förderung gekriegt, jetzt kriegen nur zehn sie. Die zehn bekommen aber mehr, wovon sie auch besser leben können, wovon sie mehr in die Rente einbezahlen können und ähnliches, aber fünf bekommen vielleicht nichts. Das ist, glaube ich, ein Punkt, den man beim Blick Förderung auch mal ernsthaft und auch - sozusagen - mit allen Vor- und Nachteilen diskutieren muss, wenn man davon ausgeht, dass der Kuchen als solcher nicht größer wird. Wenn man davon ausgeht, dass der Kuchen als solcher größer wird, ist es etwas anderes. Aber ich glaube doch, viele schauen mit bangem Herzen auf die öffentlichen Haushalte und sind froh, wenn überhaupt der Kuchen gleich groß bleibt und nicht kleiner wird.

A. Köhn: (Anm.: nach einer längeren, offensichtlich technisch bedingten Pause.) Frau Schulz, ich höre sie nicht mehr. Da würde ich ...

G. Schulz: Ich war fertig.

A. Köhn: Frau Krause, Sie haben das Wort.

L. Krause: Ah, okay, Herr Köhn. Ich habe Sie gerade leider nicht gehört. Irgendwie war die Internetverbindung am Stocken. Vielleicht auch meine.

A. Köhn: Ja, wir hatten leider kleine technische Probleme. Aber versuchen Sie es bitte. Danke schön.

L. Krause: Alles klar. Ganz, ganz viel wurde schon gesagt (Anm.: An dieser Stelle beginnen störende Hintergrundgeräusche.)... und jetzt fängt bei mir die Baustelle an. Ich hoffe, Sie verstehen mich noch. Was Frau Schulz gerade sagte, damit, dass wir ehrlich darüber sprechen müssten, wie sich auch dann Fördertöpfe und so weiter, verändern müssen, beziehungsweise was eine konsequente Anwendung von Honorarempfehlungen bedeuten würde, finde ich absolut richtig und darüber müssen wir sprechen. Ich finde es aber gleichzeitig auch wichtig - zum einen, dass wir von Honorarempfehlungen sprechen oder auch von Honoraruntergrenzen. Es gibt nämlich auch schon Fälle, dass das ... dass Probleme entstehen, dass Empfehlungen von Verbänden, die dann - meinetwegen - Mindesthonorar heißen, als Maximalgrenze auf einmal angesetzt werden. Und das ist ein riesiges Problem, weil dann auf einmal schlechter bezahlt wird - in manchen - sage ich mal - Kultureinrichtungen - bei den Projekten, als vorher. Und das darf auf keinen Fall passieren. Es muss immer formuliert sein als Honorarempfehlung, meinetwegen auch als Honoraruntergrenze, aber es darf niemals der Eindruck entstehen, dass diese Sachen nach - sozusagen - nach oben gedeckelt sind - so. Und das andere, was ich in dem Kontext noch extrem wichtig finde, ist - wir haben in der freien Musikszene über die letzten Jahrzehnte eine extrem schlechte, wenn nicht sogar fast gar nicht stattfindende - sage ich mal - Verbesserung von Honorarstandards und das können wir natürlich nicht - so ehrlich müssen wir auch sein - mit einem Schlag jetzt aufholen. Nichtsdestotrotz sehe ich es auch in unserer Verantwortung dann, als Verbände, dass wir nicht nur das politische Kalkül im Kopf haben, sondern offen und ehrlich kommunizieren - das müsste eigentlich das Honorar sein - aus diesen und jenen Gründen, aus ... mit dem Blick auf Lebenshaltungskosten, mit dem Blick auf die Professionalität, die ... die Erfahrung et cetera pp. der Künstlerinnen und Künstler. Wir müssen kommunizieren, was es eigentlich sein müsste - das Honorar, um uns dann strategisch auf den Weg zu machen, um dieses Honorar zu erreichen. Das geht nicht sofort. Das ist total klar und uns allen bewusst, aber ich finde es die falsche Strategie, dann einfach zu sagen - „Wir fordern jetzt mal das Geringstmögliche.“ - ohne den tatsächlichen Bedarf zu kommunizieren, weil dann werden wir immer nur am Geringstmöglichen herumkriechen und dann werden wir niemals auch das Bewusstsein dafür schaffen, was die Arbeit wert ist - nicht nur aus gesellschaftlicher Sicht, sondern auch wirklich aus Sicht eines Ausbildungshintergrunds und aus Sicht eines Berufshintergrunds, der mehrere Jahre von Professionalität mit sich bringt.

A. Köhn: Vielen Dank, Frau Krause. Wie immer sehr produktiv und sachbezogen. Dann würde ich Pascal Meiser bitten. Er hatte auch eine Wortmeldung dazu. Bitte schön.

P. Meiser: Ich hoffe, dass ich dieses Kriterium auch erfülle, an der Stelle (Anm.: lacht.). Also, zunächst, mit Bezug auf den Chat, noch mal. Ich glaube, wir müssen unterscheiden zwischen - einerseits wirklich der Frage, ob Leistung, die erbracht wird - auch im künstlerischen Bereich - auch anständig entgolten wird und auch - auf der andern Seite - existenzsichernden Leistungen - ob jetzt über ... das Hartz IV ist oder ein Grundeinkommen - das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Das ist was, was der Staat leistet für Leute, die im Zweifel eben durch alle Raster durchfallen. Aber wir reden jetzt darüber, wie künstlerische Leistung auch vergolten wird und da bin ich schon der Meinung, dass wir darüber sprechen müssen, wie Untergrenzen festgelegt werden und wie diese auch tatsächlich ... auf welcher Höhe die sind. Und deswegen

finde ich die Diskussion über Mindesthonorare – anders als die Kollegin Mirschel das vielleicht so ein bisschen lapidar gesagt hat – keinen Quatsch. Wir als LINKE sind allerdings auch nicht der Meinung, dass eine einfache Lösung, eine Zahl ...

V. Mirschel: Ganz kurz, Pascal ...

P. Meiser: ... eine Zahl ...

V. Mirschel: Ich habe nur gesagt – ein gesetzliches ... ein ... ein einheitliches Gesetz nichts ist. Das ist die Durchsage. Also, ich habe nicht ... ganz im Gegenteil – ich habe gesagt, wir sind sehr für branchenspezifische ... nein, nein, nein ... um Gottes Willen.

P. Meiser: Alles klar. Das freut mich sehr, dass meine Gewerkschaft das so sieht wie ich. Na, klar – also, neun Euro fünfzig, wohl, über die wir reden ... jetzt nebenbei – sage ich mal – bei abhängig Beschäftigten, die sind eh viel zu niedrig. Da sind wir uns auch, glaube ich, darüber einig. Da müsste es zwölf Euro und deutlich mehr sein. Aber ich bin, aufgrund der von ... von der Kollegin Mirschel beschriebenen Probleme, bei der Frage, wie sich das dann genau berechnet, auch sehr fest davon überzeugt, dass wir da branchenspezifische Lösungen brauchen. In einigen Bereichen müssen wir – meines Erachtens ... aber das ist dann Aufgabe der Gewerkschaft ... auch über tarifvertragliche Lösungen reden, wo wir arbeitnehmerähnliche Selbstständige haben. Wir haben ja eine ganz breite ... eine große Bandbreite von unterschiedlichen – sage ich mal – auch wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen – auch von – formal – all- ... allen Soloselbstständigen oder selbstständig Genannten. Und ich finde, es gibt da einige Bereiche, wo wir auch über tarifvertragliche Lösungen – meines Erachtens – sprechen müssten. Das andere ist dann tatsächlich, wie das in den einzelnen Branchen berechnet wird. Und, ich meine, es gibt ja Branchen, die historisch eine gute Lobby haben, die gesetzlich auch ihre Honorare per Verordnung festgelegt bekommen haben – sehr differenziert. Und ich finde, da müssen wir hin. Ja, Architekten, Anwälte, die haben so was und dann muss man aber natürlich genau sich anschauen, welche Leistungen, um die es geht. Man kann nicht die ... die entsprechenden Verordnungen für Architekten irgendwie auf die Musikerinnen und Musiker übertragen. Das ist natürlich klar, aber da muss man sich das branchenspezifisch durchschauen. Ich finde, da muss man auch drüber diskutieren, was es an Untergrenzen gibt. Ich kriege zumindest ... wir kriegen relativ viel Zuschriften – sage ich mal – dass sich auch der Gesetzgeber da auch ... sage ich mal ... gegen Honorardumping in diesem Bereich auch was tun sollte. Deswegen, glaube ich, finde ich das relevanter, wenn wir vielleicht nicht morgen erfolgreich sind, wo wir ran müssen. Und die letzte Frage, die jetzt bei den letzten Redebeiträgen eine große Rolle gespielt hat: Ist genügend Geld im System? Also, wahrscheinlich teils, teils. Da bin ich jetzt nicht der größte Experte, aber natürlich müssen wir auch da schauen: Wer sind die Auftraggeber? Also, ich höre immer wieder Fälle, wo große Konzerne sich künstlerische Leistungen einkaufen – und auch dort – sage ich mal – weit unter dem, was man von einem anständigen Honorar ist ... bereit sind, zu zahlen, weil so viele auf dem Markt unterwegs sind, dass sie auch mit Dumpinghonoraren die Honorarhöhen drücken. Da finde ich, ist genügend Geld im System. Dann haben wir den Bereich – sage ich mal – der privatwirtschaftlich organisierten Kultur ... die Clubs sind ja vorhin schon genannt worden ... da muss man dann darüber natürlich am Schluss auch reden: Was ist uns kulturelle Leistung – ein DJ oder was auch immer – letztlich auch wert? Und möglicher werden ... -weise werden dann auch Verbraucherpreise ein bisschen steigen müssen, wenn wir sagen: Es ist uns was wert. Und drittens dann haben wir den Bereich, der jetzt eine große Rolle spielt ... ist der öffentliche Bereich. Und da würde ich sagen – ja – da ist nicht genügend Geld im System – das sofort unterschreiben. Auch in Berlin nicht – auch wenn wir da eine starke Lobby im Senat haben für die Kulturfragen, da ist nicht genügend Geld im System. Aber – in der Tat – das, was jetzt zuletzt gesagt wurde – wir sind jetzt ... sagen wir mal ... in ... in der ausgehenden Corona-Situation, müssen wir aufpassen, dass da nicht ein wahnsinniger Spardruck entsteht und die Kultur dann das Erste ist, wo das Geld gekürzt wird – als freiwillige Leistung, was auch immer. Ich glaube, da müssen wir richtig eine Gegenbewegung aufbauen, nicht nur für den Kulturbereich, auch für den Sozialbereich, für die freiwilligen Leistungen dort, dass das nicht passiert – und überlegen, wer eigentlich die Kosten für die Krise, am Schluss, bezahlt, damit es nicht die Kulturschaffenden und ähnliche sind. Da bräuchten wir eine breite

Bewegung, um das zu verhindern.

A. Köhn: Vielen Dank, Pascal. Nun haben wir ein kleines zeitliches Problem, weil zwei Podiumsteilnehmer sich gleich verabschieden müssen. Deswegen würde ich jetzt schon zur abschließenden Frage noch mal überleiten. Wobei ich darauf hinweise, dass wir ja noch das vierte Panel haben, aber bitte erst mal die abschließende Frage: Was wäre aus Ihrer Sicht notwendig, um die soziale Absicherung für Freiberufler zu verbessern und auszuweiten? Natürlich jetzt nicht noch mal alles wiederholen, sondern bitte, Frau Schulz – Sie als Erste – einen kurzen ... kurzes Statement, bitte. Danke schön.

G. Schulz: Ja, vielen Dank. Ja, ich bitte um Verständnis. Wir haben gleich einen ... unsern Fachausschuss Arbeit und Soziales. Das heißt, also, das Thema geht weiter. Vielleicht nur ganz kurz noch ein Wort zu den Architekten. Da ist es ja auch so, dass diese Honorarordnung aufgeweicht wurde, was auch dazu führte, dass auch die Preise nach unten gegangen sind. Das muss man mal sagen. Honorarordnungen haben ... sichern Preisstabilität. Der Pferdefuß dabei ist natürlich die Verkammerung, die auch eine Begrenzung wiederum bedeutet, derjenigen, die Zugang zum Markt haben. Das heißt, also, dass auch, über eine Zeit lang, ausgebildete Architekten keine Chance hatten, ihren Beruf auszuüben, weil sie nicht mehr Kammermitglied werden konnten. Also, alle Systeme haben immer dann auch wiederum einen kleinen Pferdefuß. Das, glaube ich, muss man auch so mit im Blick halten. Ich kann mein Statement ganz kurz zusammenfassen – praktisch das Entscheidende für die soziale Absicherung – dass überhaupt insgesamt mehr verdient wird. Das ist ... das ist irgendwie der Kern ... das ... das Kernthema – praktisch, wenn mehr Geld verdient wird, dann wird ausreichend in die Rente einbezahlt, dann können andere Sachen überbrückt werden – und ich denke auch, was die Arbeitslosenversicherung angeht, dass man versuchen muss, sie zu verbessern. Das halte ich für ganz wesentlich. Bei der Einbeziehung in die KSK, würde ich einfach nur zu bedenken geben, dass auch – wenn man an Corona schaut – es ja nicht nur Künstlern schlecht geht, sondern auch vielen kulturwirtschaftlichen Unternehmen – eben wurden die Clubs angeführt – das sind ja die, die dann Abgabe zahlen, wenn bei denen Live-Auftritten sind – das heißt, also, da sind auch nicht unbedingt, im Kulturbereich – sozusagen – so viele Kühe vorhanden, die man groß melken kann, sondern da ist eben teilweise auch sehr Prekäres ... und da muss man halt auch sehr genau überlegen, ob ein erhöhter Abgabesatz nicht dazu führt, das ganze System noch mal dann wieder infrage zu stellen, weil ich glaube, damit hätte man dann tatsächlich mehr Schaden fast angerichtet als dass man etwas Gutes ... was wichtig ist ... ich möchte das Ziel überhaupt nicht infrage stellen ... aber das muss man, glaube ich, sehr sensibel angehen. Herzlichen Dank. Und ich bitte noch mal um Entschuldigung, dass ich diese Sitzung verlassen muss, aber ich habe einen anschließenden Ausschuss. Vielen Dank.

A. Köhn: Auch Ihnen vielen Dank. Jetzt die Kell- ... Kollegin Mirschel, weil die will, glaube ich, auch – oder muss – auch an diesem Termin teilnehmen.

V. Mirschel: (Anm.: *lacht*.) Exakt, so sieht es aus. Ja. Ganz herzlichen Dank. Ich würde jetzt mal Frau Schulz von vornherein ... an der Stelle muss ich Ihnen deutlich widersprechen. Wenn der Abgabesatz steigt, dann steigt er halt – das ist die Kultur halt wert. Also, dass ... da haben wir immer gesagt, dass ... die Auftraggeber sparen sich mit ihren vier Komma zwei Prozent, in der Relation zu Sozialabgaben, die sie sonst für Festangestellte zahlen müssen, so ein Wahnsinnsgeld ... muss man sagen – „aber jetzt ist es aber gut“. Wenn es ... wenn es steigt, steigt es wenn es notwendig ist, ist es notwendig – dann ... dass dann mehr in ... in das Prinz- ... in das System reingeht. Ich bin mir ... ich bin umheimlich froh, dass wir diese Diskussion jetzt führen, weil diese Frage – „Wie geht es Soloselbstständigen in dieser Krise und was sind die Konsequenzen?“ – und diese Diskussion sollten wir warmhalten. Also, nicht nach dem Motto „Jetzt werden alle still“, sondern jetzt – was wir brauchen – Konsequenzen, weil jetzt sichtbar geworden ist, wie schlecht die Bezahlung im Allgemeinen ist und wie ... dass sich etwas ändern muss – Klammer auf – inklusive solcher Fragen wie Alt- ... Zugang zur Arbeitslosenversicherung, wie ... wie ... wer ... warum und so – wie ... wer es ... zu gestalten. Und ich würde noch um eins bitten, weil wir gerade so fröhlich über die Mindesthonorare gesprochen haben – ich glaube, diese Frage ... Honorare heißt „für die Ehre“ – und ich fürchte, dass ganz viele Kulturschaffende – sozusagen – von der Gesellschaft als „für die Ehre“

gesehen werden. „Also, die machen das so ... die machen das so mit Leidenschaft - da brauchen sie kein Geld dafür (*Anm.: lacht.*) ... da müssen sie schon ... kriegen sie schon ihre Ehre.“ Also, diese Frage, zu sagen: „Hallo, wir sind Erwerbstätige. Wir wollen davon leben. Wir wollen da- ... müssen, also, wollen davon leben ... müssen ... können.“ Ich denke, das ist noch mal ein ganz wichtiger Punkt, dass wir das ganz massiv in die Gesellschaft rein kommunizieren. Danke schön.

A. Köhn: Auch Dir, herzlichen Dank. Dann würde ich Frau Lucker um ihr Schluss-Statement bitten.

K. Lucker: Ja, ich würde das natürlich sofort unterstreichen. Es geht um den Wert und darum - was sind wir alle bereit - und da schließe ich uns alle ein - was sind wir alle bereit für Kunst und Kultur zu zahlen? Und das kann - unter Umständen - einfach auch mehr sein. Manche Menschen wollen gar nichts mehr für Musik - zum Beispiel - bezahlen - weil alles umsonst in den Netzen vorhanden ist. Das ist ein riesiges Problem. Ich meine, es ist hier ja ein Musikpodium - deswegen reden wir hier über MusikerInnen, um das nur noch mal zu sagen. Es ist ja auch der Landesmusikrat, der diese Veranstaltung macht, weil es vorhin so ein bisschen war: „Wir müssen hier nicht nur über Musik reden.“ Doch - weil es ist das Podium. Und noch mal ganz kurz auch zu dem Thema - „Wir müssen über alles zusammen reden.“ - die Kultur ... ist, glaube ich, schwierig - ich habe das mit Absicht gesagt, was Lobbyismus anbelangt, weil das ist tatsächlich so. Also, natürlich rede ich auch mit sehr, sehr, sehr vielen - aber selbst in der Musik, ist es gar nicht so leicht, die Klassikmenschen, die popkulturellen Menschen, die Elektronikmenschen, die Neue Musik ... der Jazz ... es ist eben tatsächlich unterschiedlich. Und, Herr Köhn, auch wenn Sie Ihre Tochter anführen, die studiert hat und einen Abschluss hat - bitte denken Sie noch mal darüber nach oder machen sich auch an der Stelle vielleicht schlau - es gibt unglaublich viele da draußen, die total gut im Geschäft sind und total tolle KünstlerInnen sind, die keinen Abschluss haben. Es ist wichtig, das im Hinterkopf zu haben - auch da, bitte ich darum, sensibilisiert zu sein und sich Gedanken darüber zu machen, von welcher großen Masse an Menschen und Kulturschaffenden da draußen reden wir eigentlich. Und - ganz ehrlich - die meisten sind in dieser Krise komplett durchs Raster gefallen und politische Kräfte haben sich wirklich viel mehr mit der Lufthansa beschäftigt als damit, was es bedeutet, in Deutschland, in einem sehr reichen Land, KünstlerIn zu sein - aktuell. Und das ist echt traurig, weil fast alle haben gesagt: „Holt Euch die Grundsicherung. Ist doch Euer Problem.“ Entschuldigung, das ist ... das ist schlimm, finde ich, in einem so reichen Land - und deswegen sage ich immer wieder: Guckt noch mal nach Frankreich, weil dort ist es tatsächlich so, dass es ein bisschen höheren Wert gibt, eine größere Heterogenität ... auch im Publikum ... selbstverständlicher - und man nicht nur auf Konzerte geht und denkt: „Da zahle ich jetzt mal fünfzig Euro, weil der Mensch hat einen Hochschulabschluss.“ Nee. Der Mensch ist ein Künstler/In - und kann etwas und bringt etwas in die Welt, wovon wir alle profitieren und was total Großes ist. Und ich stimme auch zu: Wir müssen total aufpassen - es kann sein, dass diese Pandemie dazu führt, dass jetzt auch wieder - auf politischer Seite - an erster Stelle an der Kultur gespart wird, mit einem Selbstverständnis von „Na ja, das wird schon irgendwie laufen.“ Das ist, glaube ich, arg gefährlich. Sechs Landtagswahlen, eine Bundestagswahl, dieses Jahr - und da würde ich immer sagen - da müssen wir uns alle zusammenschließen und gemeinsam darüber reden und gemeinsam Dinge verfassen und aufhören, auch zu sagen: „Uih juhi juhi, es ist so schwierig und Mindesthonorare, uih, ich weiß nicht, bitte nicht.“ Nee. Dieser Kampf, irgendwie, hat jetzt gerade erst begonnen und der muss krass weitergeführt werden - und da kämpfe ich gerne an der Seite von Bildenden KünstlerInnen, KlassikerInnen und mit allen zusammen.

A. Köhn: Danke. Da sind wir gleich bei den Künstlern (*Anm.: lacht.*). Kollegin Kraus- ... Frau Krause - Allianz der Freien Künste - jetzt würde ich Sie um Ihr Statement bitten.

L. Krause: Ich habe ja vieles schon gesagt. Was ich denke, was auch wichtig ist, was Frau ... was Katja Lucker gerade gesagt hat - als Schlagwort - alles ... alle Künstler werden in die Grundsicherung geschoben - ist, finde ich, so ein ziemlich eindeutiges Zeichen dafür, was ich finde ... wo ich finde, wo wir anders an die Sache herangehen müssen und das ... das betrifft nämlich auch die Sache, dass wir ... ja, die KSK ist ein ... ein spezifisches Modell für die freien Künstlerinnen und Künstler und die ist genauso richtig und genauso wichtig - und deshalb brauchen wir sie. Ich finde aber, wir müssen die

Diskussion führen, in Deutschland, wie unser soziales System aufgebaut ist - mit Blick auf unterschiedliche Formen der Arbeit - und zwar auf selbstständiges Arbeiten und das Angestelltenverhältnis, weil in den Diskussionen und in den ganzen ... so wie die ganzen Hilfsprogramme und ähnliches gestaltet werden ... sind, merkt man - meiner Ansicht nach - sehr klar, dass der erste ... der Ausgangspunkt, ist das normal ... das sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnis und das soziale Sicherungssystem, das dahinter steht - und dann wird auf Biegen und Brechen versucht, selbstständige Arbeit dorthinein zu wurschteln. Dann wird auf Biegen und Brechen versucht, ausgehend vom Normalarbeitsverhältnis und dem Sicherungssystem, Sicherungsmodelle fürs selbstständige Arbeiten zu schaffen. Und das endet dann - zum Beispiel - darin, dass in ... in der ersten Not ... was in der ersten Not richtig war, langfristig aber nicht wirkt. Das heißt, Künstlerinnen und Künstler bekommen ja den vereinfachten Zugang zur Grundsicherung und können den nutzen - und es geht aber nicht auf. Und deshalb finde ich, es ist total wichtig, dass wir - mit Blick auf die Bundestagswahl - mit Blick auf die Landtagswahlen - darüber nachdenken, wie wir unsere sozialen Sicherungssysteme gestalten, denn selbstständiges Arbeiten nimmt zu, es werden auch immer mehr Selbstständige, die in ... die selbstständig arbeiten wollen - und da brauchen wir einfach eine Antwort darauf in unserm Sozial- ... Sozialstaat. Und das Zweite - Honorarmindeststandards ... Honorarempfehlungen und auch eine Verpflichtung in öffentlichen Förderprogrammen - und damit verbunden, auch eine Aufstockung ... Aufstockung von Förderprogrammen, ist unbedingt notwendig und darüber müssen wir diskutieren, darüber müssen wir spartenbezogen diskutieren, denn wir können nicht Honorare entwickeln, die dann irgendwie für alle gelten - dafür sind die Produktionsbedingungen zu unterschiedlich. Aber wir müssen darüber reden und wir müssen das einfordern und uns da strategisch und langfristig dahinterklemmen, dass das kommt.

A. Köhn: Ja, das war jetzt eine gute Vorlage für ... dann ... Wahlen. Was verspricht denn DIE LINKE jetzt - im Wahlprogramm - für die Künstlerinnen und Künstler - insbesondere die freischaffenden MusikerInnen? Pascal Meiser, bitte.

P. Meiser: Also, unser Wahlprogramm ist noch nicht beschlossen. Deswegen kann ich da nichts versprechen, was noch nicht fix ist, aber ich kann sagen, dass wir in den letzten Monaten - ja - auch gerade in der Coronakrise - immer wieder versucht haben ... sicherlich nicht als Einzige ... auf die besondere soziale Lage von Kulturschaffenden, Musikerinnen und Musikern und anderen, hinzuweisen. Ich finde auch insgesamt, dass diese soziale Lage auch - über die Krise hinaus - deutlich mehr Aufmerksamkeit braucht und ich kann versprechen, dass wir als LINKE da auch Unseres dafür tun. Ich glaube, in Berlin, kann man mit sagen ... haben wir mit Klaus Lederer da auch schon durchaus - nicht alles perfekt gemacht - aber doch genau auf diesen wunden Punkt in der sonstigen staatlichen Coronapolitik immer wieder sehr, sehr deutlich hingewiesen. Konkret will ich noch mal sagen: Ich glaube - kurzfristig - wir brauchen - weil ich glaube, die Pandemie nicht übermorgen vorbei sein wird und insbesondere für Kulturschaffende noch lange Zeit leider Einschränkungen bestehen bleiben werden - endlich auch eine Absicherung, die existenzsichernd ist und wir sagen: Mindestens zwölfhundert Euro - sozusagen - muss es geben für Soloselbstständige - an dieser Stelle. Da werden wir uns weiter dafür einsetzen. Ich kann mich ansonsten an meine Vorrednerin voll und ganz anschließen ... an Frau Krause. Wir brauchen eine Debatte über die Modernisierung ... Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates, die die unterschiedlichen Arbeitsmodelle berücksichtigt und Selbstständige dort in ihren verschiedenen Arbeitsformen auch mit einbezieht - sowohl, was die Lasten angeht, aber auch, was die Leistungen angeht, so dass wir eine universelle soziale Absicherung für alle, am Ende, haben. Konkret haben wir heute viel über die KSK gesprochen - die gilt es zu verteidigen, als die momentan beste Lösung - zumindest für die, die zugangsberechtigt sind. Arbeitslosenversicherung ist ansonsten ein großer Punkt. Wir haben jetzt gerade einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht ... der war in der ersten Lesung ... der für eine Arbeitslosenversicherung für Selbstständige - anhand der vorhin von mir auch vorgestellten Kriterien - sich ausspricht. Ich hoffe, dass wir damit eine Diskussion angestoßen haben, die dann auch nicht irgendwo versandet. Und zu guter Letzt - ich will auch noch mal unterstreichen - wir müssen darüber diskutieren, was kulturelle Leistungen uns wert sind. Wir müssen insgesamt mit der öffentlichen Hand damit mehr noch als Vorbild vorangehen und die geltende ... auch Honorarverordnung ... dort auch verpflichtend machen und auch umsetzen. Da ist die öffentliche Hand auch nicht immer - sozusagen - vorbildlich. Und wir

müssen darüber sprechen, wie wir die Gewerkschaften stärken können, damit sie dort, wo es sinnvoll ist, auch entsprechende Tarifverträge abschließen können. Und ich finde, wir müssen auch die Debatte über branchenspezifisch – ich unterstreiche – branchenspezifische Mindesthonorare bei allen technischen, rechtlichen Problemen weiterführen und dürfen uns da nicht sofort, so schnell, abschrecken lassen. Das will ich gerne auch anbieten, dass meine Fraktion und ich da auch gerne im Bundestag als Gesprächspartner ... Gesprächspartnerin ... zur Verfügung stehen – weiterhin, um auch die vielen – sagen wir mal – handwerklichen Fragen, die da dranhängen, mit den Fachleuten, mit Ihnen, mit Euch, weiterzudiskutieren. Vielen Dank.

A. Köhn: Sehr vielen Dank. Jetzt Nikolaus Neuser. Bitte schön.

N. Neuser: Ja, im Grunde, wurde jetzt eigentlich schon alles gesagt. Ich denke, dass – in der Tat – viele kulturpolitische Themen – sozusagen – sozialpolitische Themen in Wirklichkeit sind – und es geht jetzt – in der Tat – darum, dass man einfach die gesamte Kulturszene auf – ja – auf ... auf Füße stellt, mit der sie ihre Existenz fristen kann – die ... die einzelnen Punkte wurden ja schon genannt. Ich würde das noch mal in einen größeren Kontext stellen – und zwar fallen ... fällt dieser gesamte Bereich eigentlich immer aus dem Raster, weil die Vorstellungen ... weil die Art, wie gearbeitet wird, überhaupt nicht den Mechanismen und den Modellen entspricht, nach denen wir eigentlich agieren. Das hat Lena vorhin ja genau dargelegt. Und auf der andern Seite kann man auch sehen, dass in den Modellen eines ... eines Erwerbslebens, die in dem Bereich der Kultur stattfinden, eigentlich schon antizipiert wird, welche Notwendigkeiten aus einem Wandel aus einer Industriegesellschaft in eine Wissensgesellschaft notwendig sein könnten. Wenn man sich überlegt, dass in der Industriegesellschaft ... über die letzten hundertfünfzig Jahre haben wir eigentlich immer unsere Lebensqualität dadurch gesteigert, dass wir Sachwerte hergestellt haben und Konsum gesteigert haben. Das sind nicht mehr die Themen für eine Zukunft. Die Zukunft, in der wir uns bewegen, hat viel ... hat eher im Fokus Themen wie Ressourcen und Emissionen und solche Sachen und da wird es weniger darum gehen, dass man in großen Firmen mit vierzehn Jahren anfängt und dann im Rentenalter ausscheidet, sondern wird das Erwerbsmodell der Zukunft eher sein, dass man individuell ... und individuell arbeitet ... sehr eigenverantwortlich und sehr flexibel. Und das findet sich natürlich in der Kunst und Kultur auch wieder. Also, das nur als so eine Rahmung noch davon, warum das noch ein gesellschaftlicher Anreiz sein könnte, sich mit den Arbeitsmodellen da besser zu beschäftigen ... dem Arbeitsbegriff.

A. Köhn: Ja, dann möchte ich mich bei allen Podiumsteilnehmern für die konstruktive und auch sachliche Diskussion bedanken – auch wenn es an einigen Stellen etwas unterschiedliche Auffassungen gab ... möchte natürlich auch dem Publikum danken ... den Chatteilnehmern – und möchte darauf hinweisen, dass in vierzehn Tagen – also, nicht nächsten Mittwoch – sondern am Mittwoch, den vierundzwanzigsten Februar – dann das vierte und letzte Panel zu dieser Konferenz unter dem Thema „Wiederaufnahme für die Kultur nach der Pandemie“ – moderiert von der Präsidentin des Landesmusikrates Berlin – Frau Hella Dunger-Löper – stattfindet. Also, wieder elf Uhr dreißig bis dreizehn Uhr. In der Hoffnung, Sie ... dass wir Sie auch bei diesem Termin begrüßen dürfen, wünsche ich Ihnen einen schönen Tag und bleiben Sie gesund – und noch mal vielen Dank an alle Diskutanten. Danke schön.